

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 19. Dezember 1955

Blatt 2325

Das Baujahr 1955

=====

19. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 18. Dezember, über die abgelaufene Bausaison. Der Bürgermeister führte aus:

"Heuer im Frühjahr, am Beginn der Bausaison, berichtete ich in meinem Radiovortrag über die umfangreichen und vielseitigen Bauarbeiten, die die Gemeinde Wien im heurigen Jahre durchführen sollte. Damals äußerte ich die Befürchtung, daß der Mangel an Facharbeitern unter Umständen nicht alle unsere Bauwünsche reifen lassen werde. Bedauerlicherweise haben sich meine Befürchtungen bewahrheitet. Während im September des Vorjahres auf den Baustellen der Gemeinde 20.000 Arbeitskräfte tätig waren, mußten wir in diesem Jahre zum gleichen Zeitpunkt mit 16.900 Arbeitskräften auskommen. Obwohl auf unseren Baustellen mit modernsten Baugeräten und nach den neuesten Erkenntnissen der Bautechnik gearbeitet wird, mußte sich natürlich dieses Manko an Arbeitskräften ungünstig auswirken. Der Facharbeitermangel hat vor allem eine Verlangsamung des Bautempos und damit eine Verlängerung der Bauzeiten verursacht. Dieser Umstand hat eine gewisse Erhöhung der Baukosten bewirkt und außerdem konnten in einigen Fällen die vorgesehenen Fertigstellungstermine nicht eingehalten werden.

Besonders störend wurde der Wohnungsbau durch die Verzögerungen betroffen. Unser Ziel, in diesem Jahre 6.000 neue Gemeindefwohnungen zu bauen, konnte leider nicht erreicht werden. Es werden zwar bis zum Jahresende 5.100 Neubauwohnungen, 188 Mansardenwohnungen und 136 Wiederaufbauwohnungen fertiggestellt sein. Doch konnte die auf das ganze Jahr gleichmäßig aufgeteilte Wohnungs-

./.

fertigstellung nicht erreicht werden. Diese Begleitumstände brachten das städtische Wohnungsamt manchmal in arge Verlegenheit, da es mit der ursprünglich angenommenen Zahl von Wohnungen nicht rechnen konnte und das Zuteilungsprogramm deshalb gestört war. Doch wird selbstverständlich das kommunale Bauprogramm unvermindert fortgesetzt, was Sie schon daraus ersehen können, daß heuer wieder mit dem Bau von 5.730 Wohnungen begonnen werden konnte. Derzeit sind auf 145 Baustellen 13.890 Wohnungen im Bau.

Die Gemeinde mußte auch in diesem Jahre wieder in besonderen Fällen, wenn der schlechte Bauzustand eines Hauses für die Mieter gefährlich wurde, einschreiten und im Wege von Ersatzvornahmen Sicherungsarbeiten an Häusern und Wohnungen durchführen. In 130 Fällen wurden mit einem Kostenaufwand von rund 4,5 Millionen Schilling 520 Wohnungen in privaten Häusern gesichert und vor dem gänzlichen Verfall bewahrt. Die Gemeinde kann aber, was leider nur wenige Wiener wissen, nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und in beschränktem Umfang Ersatzvornahmen durchführen; sie kann nur bei akuter Gefahr einschreiten und darf nicht mehr tun, als diese Gefahr beseitigen.

Wie in den vergangenen Jahren, hat heuer der Wohnungsbau wieder eine dominierende Stellung im Wiener Bauwesen eingenommen, doch wurde auch auf den ~~hundert~~ anderen Baustellen fleißig gearbeitet. Ich denke dabei unter anderem an das Museum der Stadt Wien am Karlsplatz, bei welchem noch im Dezember die Hauptgleiche erreicht werden wird. Für den dreigeschoßigen Verwaltungstrakt ist die schwierige Pfahlfundierung fertig. Die Arbeit auf dieser Baustelle war nicht leicht. So wurde zum Beispiel auf der Suche nach Nutzwasser für die Klimaanlage unabsichtlich ein artesischer Brunnen angebohrt, der die ganze Baustelle zu überschwemmen drohte; nur mit größter Mühe konnte das unter hohem Druck austretende Wasser gebändigt werden.

Der Bau der Wiener Stadthalle am Vogelweidplatz ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Der erste Bauteil, und zwar die Wohn- und Werkstättegebäude, ist fertig. Auch der Rohbau der Nebenhallen ist beendet. Die große Haupthalle ist so weit, daß bereits an der Eisenkonstruktion des Hallendaches gearbeitet wird. Ebenso sind die Rohbauarbeiten an der Eishalle bis zur Hälfte gediehen. Die komplizierte neuartige Stahlbetonkonstruktion dieser Halle erforderte größte Aufmerksamkeit und Sorgfalt. Das Bauwerk muß ständig überwacht werden. Im Laufe der letzten Wochen wurden die statischen Berechnungen nochmals überprüft und derzeit werden an den bereits fertigen Konstruktionsteilen Messungen vorgenommen. Nach Abschluß dieser Messungen wird, wenn die für jeden Neubau kritische Frostperiode vorbei ist, die zweite Hälfte der Eishalle betoniert werden.

Die erste der vier Kammern des Trinkwasserspeichers am Steinfeld wurde heuer fertiggestellt; ebenso das gesamte Einlauf- und Auslaufbauwerk. An den drei weiteren Kammern wird fleißig gearbeitet. Nach der gänzlichen Fertigstellung dieses einmaligen Bauwerkes werden für die Wiener jederzeit 600.000 Kubikmeter Trinkwasserreserven bereitstehen. Zur Verbesserung der Druckverhältnisse in höher gelegenen Teilen des 4. und 10. Bezirkes, aber auch für die Sicherung der Wasserversorgung des Bezirkes Liesing haben die Wasserwerke große Rohrstränge neu verlegt und wichtige Verbindungen im bestehenden Rohrnetz neu hergestellt. In den Quellgebieten wurden eine Reihe baulicher Maßnahmen zur restlosen Ausnützung der Quellen vorgenommen.

Das Theresienbad in Meidling ist fertig und bereits seit August in Betrieb. Vor wenigen Tagen wurde das Gleichenfest für das anschließende Sommerbad gefeiert. Wir hoffen, es bei Beginn der nächsten Badesaison betriebsfertig zu haben.

Die bauliche Instandsetzung und Modernisierung unserer Schulen ist heuer wieder ein großes Stück vorwärtsgelassen. In ungefähr 100 Schulhäusern wurden größere Instandsetzungs- und Verbesserungsarbeiten durchgeführt. Eine neue Schule wurde bereits im Juni in Kagran in Betrieb genommen, drei große Schulbauten sind momentan in Ausführung, und zwar im 2. Bezirk auf dem Czerninplatz, in Stadlau-Hirschstetten und in Stammersdorf. Für unsere Kleinkinder sind elf Kindergärten in Arbeit, unter

anderem in der Venediger Au, Am Schöpfwerk und am Ludo Hartmannplatz. Die Kindergärten in der Tolbuchinstraße und in der Siemensstraße sind knapp vor der Fertigstellung.

Für die Feuerwehr stehen zwei große Objekte kurz vor der Vollendung, und zwar die Zentrale Am Hof und die Hauptfeuerwache Ottakring-Hernals. Mit der Fertigstellung dieser beiden Häuser wird der Wiederaufbau der zerstörten Feuerwehreinrichtungen abgeschlossen sein.

Einen ganz besonderen wirtschaftlichen Erfolg hatten wir mit dem Umbau der veralteten Heizanlagen in Spitälern, Anstalten, Schulen und Amtshäusern. Durch den Einbau moderner Heizanlagen mit besserem Wirkungsgrad konnten Einsparungen an Brennstoff- und Personalkosten von 15 Prozent bis 61 Prozent erzielt werden. Wir haben diese Umbauarbeiten deshalb fortgesetzt und werden sie auch im nächsten Jahr weiterführen.

Ein besonders großes Ausmaß haben heuer die Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten in den städtischen Heimen, Spitälern, Anstalten und Amtshäusern erreicht. Hier wurden viele hunderte kleine Firmen beschäftigt und wir haben die Absicht, diese Arbeiten auch im kommenden Jahr unvermindert fortzusetzen.

Für den Straßenbau hat die Gemeinde Wien in diesem Jahr mehr als 100 Millionen Schilling ausgegeben. Zwei große Projekte gaben dem diesjährigen Straßenbauprogramm ein besonderes Gepräge: die Opernpassage und der Praterstern. Ersterer wurde von den Wienern bereits stürmisch in Besitz genommen; die große sechsspurige Betonfahrbahn am Praterstern wird voraussichtlich am kommenden Dienstag zur Gänze befahrbar sein. Eine besondere Erschwernis ergab sich bei beiden Bauvorhaben dadurch, daß der Verkehr ohne wesentliche Unterbrechung weitergehen mußte. Sowohl die am Bau Beschäftigten wie auch die Verkehrsteilnehmer haben in anerkennenswerter Weise durch ihr Verständnis und ihre Disziplin zum Gelingen dieser beiden Werke viel beigetragen. Bei der Oper waren einige Zeit hindurch die Verkehrsbeschränkungen stark spürbar, da die Straßenumbauten dort ein besonders großes Ausmaß erreichten. Die Kärntner Straße und der Opernring, die Operngasse und der Albertinaplatz, die Philharmonikerstraße, der Neue Markt und die Tegetthoffstraße waren in das Umbauprogramm

einbezogen. Durch die Umbauten wurde ein Maximum an Verkehrsflüssigkeit erreicht. Aber auch in vielen anderen Bezirken wurden große Straßenbauten vorgenommen. Sie umfaßten insgesamt eine Million Quadratmeter Fahrbahnen und 190.000 Quadratmeter Gehsteige. Diese Flächen kommen einer Straßenlänge von 135 Kilometern und einer Gehsteiglänge von 75 Kilometern gleich. In den Siedlungen am Rande der Stadt wurden zur großen Freude der dortigen Bewohner Straßen modernisiert, und zwar in der Schwarzlackenau in Floridsdorf, im Oberen Donaufeld, in der Quadenstraße und im Gestockert im 22. Bezirk und im Bezirk Liesing in den Siedlungen Mauer im Gereite, Atzgersdorf-Liesing und Schwarze Heide.

Die Brückenbauer haben uns heuer fünf neue Brücken beschert, und zwar zwei Brücken über die Liesing, die Luger-Brücke über den Wienfluß und die Rotundenbrücke und die Schwedenbrücke über den Donaukanal. Die Liesingbachregulierung hat ein besonders erfolgreiches Arbeitsjahr hinter sich. An vier Baulosen konnten die Arbeiten abgeschlossen werden und an den Baulosen Atzgersdorf II und Rothneusiedl wird weitergearbeitet. Die Regulierung des Halterbaches konnte ein schönes Stück weitergeführt werden und in Stammersdorf wird an einer umfassenden Ortsentwässerungsanlage gebaut. Die Kanalisierung des Gebietes nördlich der Donau geht in ihren Hauptzügen dem Ende entgegen. Heuer wurden zwei Baulose des Leopoldauer Sammelkanals fertig und für das kommende Jahr ist das letzte Baulos vorgesehen. Dann wird dieser große Sammelkanal mit einer Länge von 11,3 Kilometern, der den größten Teil dieses Stadtgebietes entwässert, fertig sein. In Sievering wurde die Einwölbung des Erbsenbaches fertiggestellt und in Mauer wurde ein wichtiges Baulos der Knotzenbacheinwölbung abgeschlossen. Im übrigen Stadtgebiet wurden 8.700 Meter neue Kanäle erbaut.

Obwohl der Bund bisher dem Ausbau der Wiener Hafenanlagen nicht jene Hilfe angedeihen ließ, die er anderswo gab, hat die Gemeinde auch im Jahre 1955 beträchtliche Beträge für die Wiener Hafenanlagen aufgewendet.

Kriegsschäden wurden behoben, Niveauregulierungen vorgenommen, der Bau der Kaimauer im Hafen Freudenau fortgesetzt, die Hafengleise in Ordnung gebracht und sämtliche Hochwasserschäden beseitigt.

Die Gemeinde gab heuer für Bauaufgaben den Betrag von 1.400 Millionen Schilling aus, für die größeren Bauprojekte allein wurden 1,2 Millionen Tonnen Baumaterialien verbraucht. In diesen beiden Zahlen steckt in Wirklichkeit die hingebungsvolle Arbeit von tausenden Gemeindeangestellten und zehntausenden Arbeitern und Angestellten der verschiedensten Berufe und Firmen, die im Auftrage der Gemeinde für die Verschönerung und Modernisierung Wiens gearbeitet haben. Wohl mußten bei vielen Arbeiten immer wieder auftretende Schwierigkeiten überwunden werden. Wenn wir aber das nun zu Ende gehende Arbeitsjahr überblicken, dann dürfen wir trotz aller Bescheidenheit mit Genugtuung feststellen, daß das Jahr 1955 wieder sehr erfolgreich war und daß das geplante große Programm im wesentlichen zur Gänze erfüllt wurde.

Es ist selbstverständlich, daß die Gemeinde bestrebt sein wird, in den kommenden Wintermonaten wieder möglichst viele Arbeitskräfte zu beschäftigen. So wie in den vergangenen Jahren wurde heuer wieder ein umfangreiches Winterbauprogramm vorbereitet, das es ermöglichen wird, viele tausende Arbeiter und Angestellte der privaten Wirtschaft auch über die Wintermonate zu beschäftigen."

- - -

Gehrte Redaktion!

=====

19. Dezember (RK) Wir erinnern daran, daß morgen, Dienstag, den 20. Dezember, um 8.30 Uhr, der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller die fertiggestellte Betonfahrbahn des Verkehrskreises auf dem Praterstern in Betrieb nehmen wird.

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

- - -

"Wien im Blumenschmuck 1955"
=====Die Goldene Rose ist nach Wien zurückgekehrt

19. Dezember (RK) Am Goldenen Sonntag wurden im Wiener Rathaus 56 Teilnehmer an der Aktion "Wien im Blumenschmuck" von Bürgermeister Jonas mit Preisen ausgezeichnet. Der Feier im festlich geschmückten Stadtsenatssitzungssaal wohnten Vizebürgermeister Honay und Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Afritsch, Bauer und Thaller sowie Vertreter des Stadtgartenamtes und der Österreichischen Gartenbaugesellschaft bei.

Nach einer Ansprache des Präsidenten der Österreichischen Gartenbaugesellschaft, Hofrat Dipl. Ing. Planckh, der der Wiener Stadtverwaltung für die tatkräftige Unterstützung des Wettbewerbes dankt, sprach Stadtrat Thaller. In einem Überblick über den Verlauf der Aktion "Wien im Blumenschmuck" konnte er feststellen, daß der Wettbewerb auch heuer gut gelungen ist. Die Zahl der Wettbewerbsteilnehmer ist abermals gestiegen, diesmal am stärksten in den Bezirken 4 und 10. Auch die Qualität der Leistungen in der Ausschmückung der Fenster, Balkone und Portale war erfreulicherweise noch besser als im Vorjahr. In Zahlen ausgedrückt betrug die Qualitätssteigerung in der höchsten Bewertungsgruppe 73 Prozent gegenüber 40 Prozent im Vorjahr. Der Wettbewerb war heuer in zwei Gruppen eingeteilt, und zwar Gruppe I, Fenster- und Balkenschmuck von Mietwohnungen und Familienhäusern, und Gruppe II, Straßenfronten, Portale und Vorgärten von Körperschaften und Unternehmungen. Die Stadtverwaltung hat die Belohnung der Preisträger heuer in Form von Geldpreisen, Plaketten und Sonderpreisen beschlossen. Stadtrat Thaller dankte allen, die sich an der erfolgreichen Durchführung der diesjährigen Aktion verdient gemacht haben, insbesondere der Österreichischen Gartenbaugesellschaft, dem Stadtgartenamt und der Jury.

Bürgermeister Jonas nahm dann die Verteilung der Preise vor. Er beglückwünschte die Preisträger zu ihren schönen Erfolgen. Er sei überzeugt, sagte er, daß, wenn die Gemeindeverwaltung nach 1945 an die Wiener Bevölkerung mit einer Einladung zum Wettbewerb im

Ausschmücken der Fenster mit Blumen herangetreten wäre, hätten die Wiener mit Recht gesagt: "Die Sorgen möchte ich haben." Aber im Augenblick, in dem die größten Sorgen um das tägliche Leben wieder einigermaßen überwunden waren, machte sich erfreulicherweise bei den Wienern das Interesse für das Schöne wieder bemerkbar. Die Gemeinde Wien unterstützt gerne diese Aktion, sagte er, und er könnte sich auch vorstellen, daß unsere Fenstergärtner in Konkurrenz mit städtischen Parkanlagen treten könnten. Denn was der Einzelne aus Liebe für die Ausschmückung seiner Fenster und Balkone tut, wiegt das auf, was die Stadtverwaltung mit den Steuergeldern in den öffentlichen Anlagen leistet.

Wir befinden uns, sagt abschließend der Bürgermeister, glücklicherweise seit geraumer Zeit mitten in einer Konjunkturperiode, die auch eine beträchtliche Konsumsteigerung mit sich bringt. Es steigt unter anderem auch der Alkohol- und Tabakkonsum. Leider fehlen uns statistische Angaben über den Verbrauch von Blumen. Seiner Meinung nach dürfte aber die Freude an Blumen alle anderen Freuden noch übertreffen. Als einen besonders begrüßenswerten Erfolg der diesjährigen Aktion "Wien im Blumenschmuck" hob er die Heimkehr der Goldenen Rose nach Wien hervor. Sie wurde im vergangenen Jahr einem Institut in Klosterneuburg zuerkannt. Eine weitere erfreuliche Erscheinung ist, daß sich immer mehr Unternehmungen und Kaufleute entschließen, ihre Geschäftslokale mit Blumen zu schmücken.

Die Goldene Rose erhielt Ing. Rudolf Trebtsch, 4, Mommsengasse 26, die Silberne Rose Josefine Thullner, 2, Nordwestbahnstraße 17, die Bronzerne Rose Angela Dücke, 21, Donaufelder Straße 126. Der erste Preis von 1.000 S wurde Ernst Dittrich, 19, Sieveringer Straße 22a, die beiden zweiten Preise zu 500 S Rosa Palzer, 20, Winarskystraße 18 und Otto Vellan, 10, Quellenstraße 24a zuerkannt. Die beiden Plaketten in Gold erhielten die Firma Holub & Stoll, 1, Elisabethstraße 5 und die Landwirtschaftskammer für Niederösterreich und Wien, 1, Löwelstraße 16. Unter den Preisträgern befinden sich auch das Domas-Lehrlingsheim, 4, Thoresianumgasse 16, das Bundessrealgymnasium, 8, Albertgasse 38, die Naturfreunde von der Donaustadt und der Bahnhof Michelbeuern.

Im Rahmen der Feier wirkte das Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien mit.

Die Beratungen des Voranschlages 1956 der BundeshauptstadtGeschäftsgruppe VII: Baubehördliche Angelegenheiten

19. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von GR. Marek setzte der Wiener Gemeinderat heute früh die Budgetberatungen mit der Behandlung der Ansätze der Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, fort.

Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) führte aus daß die Ansätze der Verwaltungsgruppe VII für das Jahr 1956 eine Differenz von rund 23 Millionen Schilling zwischen den Einnahmen und den Ausgaben erkennen lassen. Das hängt im wesentlichen damit zusammen, daß diese Verwaltungsgruppe Abteilungen einhält, die Aufgaben im öffentlichen Interesse zu erfüllen haben, die mit keinen Einnahmen verbunden sind. So erfordert die öffentliche Beleuchtung einen **Aufwand** von etwas mehr als 18 Millionen Schilling, dem nur Einnahmen von rund 330.000 Schilling gegenüberstehen.

Zu den einzelnen Abteilungen selbst wird folgendes bemerkt:

Die Magistratsabteilung 20, die Plan- und Schriftenkammer, weist gegenüber dem Vorjahr insbesondere bei der fototechnischen Anlage eine große Inanspruchnahme auf, die durch die großen Bauvorhaben der Gemeinde Wien, wie Praterstern, Opernpassage und auch der Verkehrsenquête, aber auch zum Teil durch Inanspruchnahme von Privaten verursacht wurde.

Magistratsabteilung 33, Öffentliche Beleuchtung. Im Jahre 1955 wurde die öffentliche Straßenbeleuchtung in Wien um rund 3.250 Lichtstellen vermehrt. Demnach werden Ende 1955 rund 64.000 Lichtstellen in ganz Wien in Betrieb stehen, davon sind rund 59.000 elektrische und rund 5.000 Gaslichtstellen. Diese Vermehrung der Lichtstellen konzentriert sich vor allem rund um die Oper, rund um den Praterstern, auf zahlreiche Hauptstraßen und Kreuzungen und auf die Randgebiete der Stadt, so vor allem 21., 22. und 23. Bezirk.

Die Umschaltung von Gleich- auf Drehstrom verursacht umfangreiche und kostspielige Arbeiten, deren Effekt von der Bevölkerung überhaupt nicht bemerkt wird. So mußten 1955 nicht weniger als 2.625 Straßenleuchten von Gleichstrom auf Drehstrom umgebaut werden, was einen Arbeitsaufwand von ungefähr 65 Prozent des Neubaus der gleichen Zahl von Straßenleuchten bedeutet.

Die Beleuchtung einiger Hauptstraßen wurde 1955 wesentlich verbessert. An besonders bemerkenswerten Bauten sind im Jahre 1955 folgende zu nennen:

Das Gebiet rings um die wiedereröffnete Staatsoper einschließlich des Albertinaplatzes. Das Beleuchtungsniveau in diesem Gebiet, insbesondere auf den Kreuzungen, ist besonders hoch gewählt worden.

Für die öffentliche Beleuchtung der Opernpassage sind nicht weniger als insgesamt 968 Leuchtstofflampen verwendet worden.

Durch ein besonders hohes Beleuchtungsniveau und durch die Lichtfarbe der überwiegend verwendeten Hochdruck-Quecksilberdampflampen mit Leuchtstoffbelag hat die Riesenkreuzung Praterstern auch in der Nacht eine besondere Charakterisierung erhalten. 91 Lichtmasten mit 200 Leuchtstofflampen werden das Oval und die Durchgänge seiner Verkehrsbedeutung entsprechend beleuchten. Im Endausbau wird diese öffentliche Beleuchtung eine Leistung von nahezu 200 kW aufweisen. Alle genannten Arbeiten wurden zur Gänze vom Personal der Magistratsabteilung 33 projektiert und überwacht.

Im Jahre 1955 wurden drei öffentliche Uhren in Betrieb genommen und an sieben Uhren die Zifferblätter neu beleuchtet. Zehn öffentliche Uhren wurden umgebaut oder generalrepariert. Fünf Uhren sind an das Zentraluhrensystem angeschlossen.

Im Jahre 1955 wurden mehrere Verkehrslichtsignale gebaut oder umgebaut; so auf dem Stock im Eisenplatz, in der Operngasse, in der Kärntner Straße, auf dem Schwedenplatz u.a.

Die drei Baupolizeiabteilungen bearbeiteten im laufenden Jahr rund 120.000 Geschäftsstücke und hielten sich damit so ziemlich im Rahmen des Vorjahres.

In dem weiteren Bestreben, deutsche Vorschriften durch österreichische zu ersetzen, bzw. alte österreichische Vor-

schriften zu verbessern oder zu erneuern, haben die Abteilungen bisher an wichtigen Entwürfen, wie zum Beispiel der Novellierung der Bauordnung, der Garagenordnung, der Umarbeitung des Entwurfes der neuen Feuerpolizeiordnung und Kehrordnung, des Wiener Kinogesetzes 1955, mitgearbeitet. Wichtige Aufgaben erwachsen in der Mitarbeit im Österreichischen Normenausschuß, der laufend alle österreichischen und deutschen Normen verbessert, bzw. umarbeitet.

Die Ergebnisse der Verkehrsquote müssen nunmehr dahingehend überprüft werden, inwieweit die baurechtlichen Bestimmungen hierdurch berührt werden und Änderungen oder Ergänzungen der bestehenden Vorschriften notwendig sind.

Für private Neubauten, einschließlich jener nach Kriegsschäden wurden insgesamt 1.046 Baubewilligungen erteilt, die zusammen 11.692 Wohnungen umfassen. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um 1.531 bewilligte Wohnungen, also zirka 15 Prozent mehr als 1954. Dabei entfallen auf Neubauten nach totalem Kriegsschaden 5.616 Wohnungen, was gegenüber dem Vorjahr, in dem 6.023 Wohnungen nach totalem Kriegsschaden bewilligt wurden, einen Rückgang bedeutet. Hierin ist ein Zeichen zu sehen, daß Ruinenbauplätze seltener werden und die Baubewegung zu Gunsten der Bauvorhaben auf bisher unverbautem Grund im Steigen begriffen ist.

Eine beträchtliche Steigerung konnte auch bei den Zu- und Umbauten und diversen Adaptierungen festgestellt werden.

Der schon im Vorjahr festgestellte Rückgang der Bauaufträge an säumige Hauseigentümer zur Behebung von Bauschäden hält weiter an. Sie betrug abermals zehn Prozent. Die Gesamtzahl der Aufträge umfaßt aber noch immer 10.800 Fälle.

Die Macht der Baubehörde bei jenen Häusern, die sogenannte Grenzfälle darstellen, das heißt, bei denen die Wirtschaftlichkeit von Instandsetzungsaufträgen nicht mehr besteht oder zumindest umstritten ist, ist äußerst begrenzt. Diesbezüglich hat sich die Situation durch neuerliche Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes, dem sich natürlich auch die Bauoberbehörde nunmehr anpassen muß, wesentlich verschärft.

Die Folge ist, daß in viel mehr Fällen als bisher nicht die Instandsetzung, sondern die Räumung des Hauses beantragt werden muß, was naturgemäß in weiterer Folge eine Zunahme der Wohnungssuchenden bedeutet.

Die durch die Regulierung des Liesingbaches und der Erbauung des Leopoldauer-Sammelkanales sich ergebenden nachträglichen Einmündungen der Hauskanäle samt Auflassung der Senkgruben bedeutet für hunderte von Anliegern überraschende Baukosten, welchen die meisten nicht gewachsen sind. Daher bleiben auch die baubehördlichen Aufträge samt Mahnungen und Strafanzeigen ohne praktische Wirkung und es ergibt sich die unbeabsichtigte Tatsache, daß der zur Sanierung der Gegend geschaffenen Kanal vorderhand von den Anliegern aus finanziellen Gründen gemieden wird und alles beim alten bleibt. Hier könnte nur die im Gesetz vorgesehene Zwangsvollstreckung (Ersatzvornahme) auf Gefahr und Kosten der Anlieger Wandel schaffen, wenn man sich nicht entschließen würde, mit der Erbauung des Kanales auch die Anschlüsse zu machen und gegen Umlage vorzufinanzieren.

Im Laufe des Jahres wurden rund 100 nicht erfüllte Aufträge zur Abtragung von im Wald- und Wiesengürtel eigenmächtig errichteten Bauten zur Ersatzvornahme beantragt. Sollte hier durchgegriffen werden, wäre ein warnendes Beispiel geschaffen, das sicherlich auf derartige künftige Gesetzesübertretungen hemmend wirken würde.

Der Umfang der Prüfarbeiten der städtischen Prüf- und Versuchsanstalt hat im Jahre 1955 weiterhin zugenommen. Die Zunahme der Prüfanträge betrug im Vergleich zum Vorjahre 8.7 Prozent. Ebenso haben die Einnahmen zugenommen. Die Mehreinnahmen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1954 betragen 14.7 Prozent. Die Summe der Einnahmen dieser Abteilung überschritten die Summe der Ausgaben. Es konnten wie im Vorjahre einige neue Prüfeinrichtungen für die Materialprüfung angeschafft werden. In größerem Umfang wurden Versuche und Materialprüfungen u.a. für die Stadthalle, die Öp rnpassage und die Schwedenbrücke ausgeführt.

Der Grundstückmarkt war auch in diesem Jahr stark aufgelockert und es herrschte eine sehr lebhaftere Nachfrage nach Grundstücken.

Durch Mitwirkung der Abteilung 40 wurden im Jahre 1955 bis zum heutigen Tage Grundstücke im Ausmaße von rund 1,200.000 Quadratmetern angekauft und Grundstücke im Ausmaße von rund 340.000 Quadratmetern abverkauft. Hievon entfallen auf Verkauf außerhalb Wiens rund 170.000 Quadratmeter. Im Jahre 1954 wurden Gründe im Ausmaße von rund 780.000 Quadratmetern angekauft, sodaß die Steigerung rund 50 Prozent beträgt. Gegenüber dem Jahre 1953 beträgt die Steigerung rund 140 Prozent.

Wenn auch den Auftriebstendenzen am Grundstücksmarkt selbstverständlich Rechnung getragen werden mußte, kann doch gesagt werden, daß fast in allen Fällen der Erwerb für die Stadt Wien preisgünstig war.

Die Magistratsabteilung 41, Stadtvermessung, hat in der Zeit vom Jänner bis Ende November 1955 eine Reihe von vermessungstechnischen und kartographischen Arbeiten im Bereiche des Wohnungswesens, des Straßenbaues, des Brücken- und Wasserbaues, der Errichtung von Schulen und Kindergärten sowie sonstiger städtischer Anlagen, ferner für Zwecke der Planung und Regulierung durchgeführt.

Die Kartographen der Abteilung wurden zur Bearbeitung, bzw. Neuherstellung verschiedener Übersichtskarten eingesetzt. Insbesondere sind hier die Übersichts- und Detailpläne des Wald- und Wiesengürtels und die Mitarbeit an den Planunterlagen für die Verkehrsquote sowie die Herstellung von verschiedenen Plänen als Reproduktionsvorlagen für das Bildarchiv der Stadtbauamtsdirektion zu erwähnen.

An sonstigen Arbeiten gab es noch Neuvermessungen von Teilen der durch Gebietsänderungsgesetz geschaffenen Landesgrenzen und die Ausarbeitung von Planunterlagen und fachtechnische Mitwirkung für die Vorbereitung der "Bezirkseinteilungsnovelle 1955".

Ohne Pläne gibt es heute keine Planung, und das wichtigste Werkzeug jeder Stadtverwaltung auf diesem Gebiet ist ein guter Stadtplan, auf dem aufbauend alle generellen Planungen und sonstigen Verwaltungsmaßnahmen überschaubar dargestellt und studiert werden können. ./.

Der Wiener General-Stadtplan ist nun schon seit vielen Jahrzehnten derart veraltet, daß er heute praktisch nur mehr einen Notbehelf darstellt. Glücklicherweise hat sich in den letzten Jahren die Photogrammetrie, insbesondere die Luftbildmessung derart weiter entwickelt, daß es heute ohne weiteres möglich ist, durch diese Methode mit einem vielfach geringeren Aufwand zu einem neuen Stadtplan zu kommen. Es wäre hoch an der Zeit, in dieser Richtung etwas zu unternehmen.

Durch die Ende 1954 erfolgte Ausgemeindung ist die Zahl der zu betreuenden Wiener Friedhöfe von 98 auf 46 zurückgegangen. Dies ergibt anzahlmäßig einen Abfall von 53 Prozent. Flächenmäßig beträgt er aber nur rund 7.5 Prozent. Die Verminderung bei Beerdigungen ergibt ca. 6.5 Prozent. Die letzte Ziffer entspricht etwa den Schwankungen zwischen den jährlichen Gesamtbeerdigungsziffern. Die Ausgemeindung wirkte sich somit betriebsmäßig fast nicht aus, umso mehr als die Verminderung der Einnahmen und der Ausgaben bezüglich der ausgemeindeten Friedhöfe ziemlich gleich war und durchschnittlich eine Million Schilling betrug.

Die Gesamteinnahmen werden etwa 30 Millionen Schilling erreichen, werden also um ca. 3.1 Millionen Schilling oder 11 Prozent höher sein als die veranschlagten. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Ausgaben, deren Steigerung aber zum größten Teil durch die Erhöhung der Gehälter und Löhne, der Pensionsaufwendungen, der Wertabschreibungen, des Kapitalsdienstes und der Verwaltungskostenbeiträge bedingt ist, alles Ausgaben, auf welche die Betriebsleitung nur sehr geringen Einfluß nehmen kann. Bei Ausscheidung dieser Post werden die Ausgaben für den Sachaufwand 12.5 Millionen Schilling betragen, also nur um rund 1.4 Millionen Schilling höher sein als 1954, so daß von den 3.1 Millionen Schilling Mehreinnahmen 1.7 Millionen Schilling, das sind 55 Prozent für die Deckung der vorgenannten, nicht beeinflussbaren Ausgaben verwendet werden.

Es wird immer wieder gedrängt, den Friedhofsbetrieb kostendeckend zu führen.

Der Referent regt an, die Magistratsabteilung 43 und die städtische Bestattung in engere Beziehung zu bringen und die beiderseitigen Einnahmen und Ausgaben so abzustimmen, daß beide Einrichtungen ihre Ausgaben aus eigenen Mitteln decken könnten.

Der Voranschlag 1956 für Friedhöfe, welcher einen Abgang von 1,1 Millionen Schilling aufweist und bei den für die Erhaltung und Ausgestaltung der Friedhofsanlagen maßgebenden Posten nur bescheidene Beträge aufweist, entspricht seiner Meinung nach keineswegs den Erfordernissen einer neuzeitlichen Friedhofskultur.

Die dauernden Bemühungen der Betriebsleitung um eine sparsame und zweckmäßige Führung der Friedhöfe haben auch im laufenden Jahr Erfolge gezeitigt und die in den letzten Jahren getroffenen verschiedenen Maßnahmen beginnen sich bereits günstig auszuwirken. Mit den heuer durchgeführten Grundstückskäufen, steht nunmehr eine Belagsflächenreserve von insgesamt fast 800.000 Quadratmetern zur Verfügung, wovon etwa schon zwei Drittel im Eigentum der Stadt Wien sind. Nachdem diese Flächen nahezu die letzten Grundreserven innerhalb des Stadtgebietes darstellen, müssen sie möglichst sparsam verwendet werden.

Die Beerdigungen in den neu angelegten Gräbern sind von 21 Prozent im Jahre 1949 auf 9.8 Prozent im Jahre 1954 zurückgegangen. Dementsprechend sind die Beerdigungen in bestehenden Gräbern (Beiliegungen), in heimgefallenen Gräbern und in Gräbern auf umgewandelten Schachtgräbergruppen (Wiederbelegungen) von zusammen 79 Prozent im Jahre 1949 auf 90.2 Prozent im Jahre 1954 gestiegen. Die Maßnahmen bezüglich der Beschränkung des Erneuerungsrechtes aus dem Jahre 1952 und insbesondere die über die Erhöhung der Anzahl der zulässigen Leichen von drei auf vier haben sich somit im günstigen Sinne ausgewirkt. Gegenwärtig sind Bestimmungen in Ausarbeitung, welche es ermöglichen sollen, die ungepflegten und unkrauteten Friedhofsdauergräber einzuziehen und weitervergeben zu können.

Da rund ein Viertel aller Gräber seinerzeit auf die Dauer des Friedhofsbestandes erworben worden ist, dürfte mit einer solchen Maßnahme eine Reihe von Gräbern für die Wiederbelegung gewonnen und außerdem die Verwahrlosung der Friedhöfe auf diesem Gebiete beseitigt werden. Damit und mit den bereitgestellten Erweiterungsflächen von etwa 800.000 Quadratmetern sind bei gleichbleibender Sterblichkeit die Bestattungen für einen beträchtlichen Zeitraum sichergestellt.

Der Referent zählt eine Reihe von Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten in den Verwaltungs- und Betriebsgebäuden sowie in den Friedhofsanlagen auf. Zur Bestreitung der laufenden Ausgaben ist im Voranschlag 1956 ein Gesamtbetrag von 30,850.000 S vorgesehen, welchem Gesamteinnahmen von 29,900.000 Schilling gegenüberstehen, sodaß sich ein Abgang von rund 950.000 Schilling ergibt. Es wird sich also eine ähnliche Situation ergeben wie im laufenden Jahre. Eine Intensivierung der Ausgestaltungstätigkeit auf den Friedhöfen, welche insbesondere auf dem Sektor der Verkehrsflächen dringendst notwendig wäre, kann seiner Meinung nach damit kaum erreicht werden. Es wird daher Aufgabe der nächsten Monate sein, hier durch geeignete Maßnahmen Abhilfe zu schaffen.

Die Magistratsabteilung 46, Technische Verkehrsangelegenheiten hat im Jahre 1955 an der Neugestaltung des Pratersterns, des Neuen Marktes, des Albertinaplatzes, der Opernpassage sowie am Umbau und der Neugestaltung des Ost- und Südbahnhofes mitgewirkt, ferner bei der Planung der Schnellbahnlinie Meidling - Floridsdorf der ÖBB und eines Wiener Autobuszentralbahnhofes beim Hauptzollamt. Ferner wurden Aufgaben im Zusammenhang mit dem umfangreichen Gleisbauprogramm der Wiener Verkehrsbetriebe gelöst, Bauanträge fachtechnisch begutachtet, Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsregelungen ausgearbeitet, Verkehrsschilder und Straßenbenennungstafeln montiert. An zahlreichen wichtigen Verkehrskreuzungen wurden sogenannte Zebra-Übergänge für Fußgänger angelegt oder erneuert. Im Zusammenhang mit Straßenbauten wurde der Umbau von Lichtsignalanlagen vorgenommen, wobei besonders auf die Modernisierung der Anlage an der Kreuzung Kärntner Straße - Ringstraße, Operngasse - Ringstraße und Kärntner Straße - Walfischgasse hingewiesen wird.

Die Landesprüfstelle für das Kraftfahrwesen hat in den ersten elf Monaten des heurigen Jahres 10.916 Kraftfahrzeuge geprüft und 36.765 Lenkerprüfungen sowie 156 Fahrlehrerprüfungen abgenommen. Durch das sprunghafte Anwachsen des Kraftfahrzeugverkehrs ist diese Abteilung sowohl raum- als auch personalmäßig nicht in der Lage, den Anforderungen gerecht zu werden. Man wird mit allen Mitteln bestrebt sein müssen, hier durch eine Vermehrung des Personals Abhilfe zu schaffen.

Mit einem der brennendsten Probleme des modernen Städtebaues, der Schaffung eines Luftreservoirs und eines Ausflugs- und Erholungsgebietes sowie mit der Versorgung der Stadt mit hygienisch einwandfreiem Trinkwasser, beschäftigt sich das Stadtforstamt. Es verwaltet rund 30.000 Hektar Wälder, die für die Stadt von besonderer Bedeutung sind. Die Sicherung, Erhaltung und Verbesserung dieser Wälder erlaubt es auch nicht, durch Holzschlägerungen höhere Einnahmen zu erzielen. Die Nutzungen sind auf das unbedingt erforderliche Ausmaß beschränkt. Das Einschlagsergebnis, das 1946 rund 39.000 Festmeter betrug, ist für 1956 mit nur 14.000 Festmetern veranschlagt. Im Jahre 1955 hat das Stadtforstamt insgesamt 971.000 verschiedene Forstpflanzen versetzt. Auch für das kommende Jahr ist ein umfangreiches Aufforstungsprogramm vorgesehen, dazu gehört auch die Aufforstung des Laaer Berges, die unter Einsatz einer Regenanlage durchgeführt werden wird. Auch an den im Bereich der Forste gelegenen Gebäuden - hierunter fällt auch die Hermesville - Straßen, Wegen und Umfassungsmauern sind umfangreiche Instandsetzungsarbeiten durchzuführen. Große Bedeutung kommt als Erholungsgebiet der Wiener auch dem Lainzer Tiergarten zu, der 1955 von 141.219 Personen besucht wurde. Die Besucherzahl wird im kommenden Jahr sicher steigen, da nicht nur die Behinderung durch die Besatzung wegfällt, sondern auch ein längerer Zeitraum für den allgemeinen Besuch vorgesehen ist. Auch der Wildbestand wird sich durch den Abzug der Besatzung wieder bedeutend verbessern. Das Budget der Wienerwaldforste sieht für das Jahr 1956 Einnahmen von 3,253.000 Schilling und Ausgaben von 6,083.000 Schilling vor, die bei sparsamster und wirtschaftlichster Verwendung der Mittel die Bewirtschaftung der Wälder im Hinblick auf ihre besondere Zweckbestimmung gewährleisten sollen. ./.

Stadtrat Lakowitsch dankt abschließend allen Mitgliedern des Ausschusses VI und allen Angestellten und Arbeitern seiner Gruppe für die geleistete Arbeit und bitte sie, auch im kommenden Jahr ihre Kräfte im Dienste unserer Stadt einzusetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Kronberger (VO) fordert wirksame Maßnahmen zur Vorkehrung gegen Verkehrsunfälle und zum Schutz der Fußgänger. Es müßten bedeutend mehr Verkehrsstreifen angelegt und mehr Verkehrsampeln montiert werden, die teilweise durch die Fußgänger selbst zu bedienen wären. Derartige Ampeln sind im Ausland schon lange Zeit in Verwendung und haben sich gut bewährt. Auch auf der Verkehrsenquete stellte man fest, daß in Wien mehr Ordnung und Planung im Verkehrswesen notwendig sind. Es wurde auch dort der gesetzliche Schutz des Fußgängers gefordert sowie die Vermehrung der Verkehrsampeln und ihre Selbstbedienung durch den Fußgänger. Als ausgesprochenes Verkehrshindernis bezeichnet der Redner die großen Luxusautos und fordert, wie es in anderen Städten bereits gehandhabt wird, eine Beschränkung in der Größe der Autos. In engen Straßen und vor allem in solchen, in denen die Straßenbahn fährt, müßte ein Parkverbot erlassen werden. Auch der Errichtung von Straßenerhöhten Fußgängerpassagen muß größeres Augenmerk zugewendet werden. Der Redner stellt den Antrag, alle in Betracht kommenden Stellen mögen sich dafür einsetzen, daß den Fußgängern bei der Benützung von gekennzeichneten Straßenübergängen ein ausreichender gesetzlicher Schutz gesichert wird, und daß Verkehrsampeln, die durch Fußgänger bedient werden können, montiert werden. Auch der Schaffung von Parkmöglichkeiten und von Garagenraum wäre mehr Beachtung zu schenken. Eine gute öffentliche Beleuchtung würde sicherlich auch zur Verkehrssicherheit beitragen. Auf diesem Gebiet müßte besonders viel in den Außenbezirken und Südlingsgebieten geschehen. Der Redner kommt sodann auf die städtischen Forste und vor allem auf die Gefährdung des Wald- und Wiesengürtels zu sprechen. Es soll angeblich ein Forum geben, das sich mit dem Schutz des Wald- und Wiesengürtels beschäftigt. Der Redner fragt an, ob es dieses Forum noch gibt und welche Beschlüsse und Maßnahmen von ihm getroffen wurden und warum die Öffentlichkeit nicht von den Ergebnissen unterrichtet wird. Den Wienern muß am Rande der Stadt unbedingt ihr Erholungsgebiet gesichert werden. Die freien Plätze

dürfen nicht eingezäunt oder mit Verbotstafeln versehen werden. Zur Verhinderung des wilden Siedelns müßte die Stadtverwaltung durch die Überlassung von billigen Bodenflächen die Möglichkeit für ein gelenktes Siedeln geben. Die Ansätze für den so großen Aufgabenbereich dieser Gruppe bezeichnet der Redner als zu gering und unzureichend.

GR. Dr. Fiedler (ÖVP) hält fest, daß auch in dieser Verwaltungsgruppe, obwohl ihre Ansätze ziffernmäßig die geringsten sind, wichtige Aufgaben behandelt werden. Der Redner bespricht dann die einzelnen Abteilungen.

Bei der öffentlichen Beleuchtung tritt er für eine bessere Beleuchtung der Hauptverkehrsstraßen ein. Die Zahl der Lichtstellen kann noch immer nicht als ausreichend bezeichnet werden. Auch die Gasbeleuchtung müsse endlich verschwinden. Der Redner bemängelt auch, daß für wirkliche Neubauten nur wenig Mittel vorhanden sind.

Bei der Baupolizei hat Dr. Fiedler besonders die hohe Verantwortung der Baupolizisten hervor. Leider ist das Nachwuchsproblem noch immer nicht gelöst. Verzögerungen sind daher ohne Schuld der Beamten noch immer an der Tagesordnung.

Zur Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels reichen die bestehenden Kontrollmöglichkeiten nicht aus. Es ist notwendig, die Frage des wilden Siedelns einer Generalbereinigung zuzuführen. Jede wilde Bautätigkeit muß hintangehalten werden. Es darf freilich auch nicht vorkommen, daß sich die Gemeinde Wien zum Beispiel bei der Errichtung der Wohnhausanlage in Neuwaldegg durch Umwidmung glatt über die gesetzlichen Bestimmungen hinwegsetzt, die für alle gelten sollen.

In der Frage der Hochhäuser gehen die Meinungen ziemlich auseinander. Es sei jedenfalls fragwürdig, ob es angebracht ist, in den Außenbezirken Hochhäuser zu errichten; aber auch in den inneren Bezirken sind ernstliche Überlegungen notwendig, vor allem die Prüfung der Parkmöglichkeiten für Kraftfahrzeuge. Bei einer kürzlich abgehaltenen Befragung wurde festgestellt, daß weniger als 10 Prozent der Befragten eine Wohnung in einem Hochhaus wünschen.

Die Friedhöfe sind leider nach wie vor Gegenstand lebhafter Kritik in der Öffentlichkeit, besonders was die Instandhaltung der Wege, Beseitigung des Laubes und der Abfälle und den Zustand der Bedürfnisanstalten betrifft. Hier dürfte man eben nicht nach dem Prinzip der Kostendeckung vorgehen. Bei der Erhaltung und Ausgestaltung der Friedhöfe handelt es sich vielmehr um eine kulturelle Verpflichtung und Aufgabe. Es gibt Städte, die diesen Grundsatz in die Tat umgesetzt haben. In Zürich zum Beispiel sichert die Stadtverwaltung jedem Bürger eine Grabstätte und die Durchführung des Begräbnisses.

Bei der Besprechung der Abteilung für technische Verkehrsangelegenheiten bemerkt der Redner, daß die Bedeutung dieser Abteilung immer mehr steigt. Leider sei ihre Unterbringung völlig unzureichend. Eine große Zahl der Empfehlungen der Verkehrsenquete befaßte sich mit den technischen Verkehrsangelegenheiten. Der Redner weist jedoch die Anregung zurück, Fußgängerstraßen zu schaffen, weil dadurch die Geschäftsviertel beeinträchtigt würden. Er bemängelt auch die unzureichenden Mittel für die Aufstellung von Verkehrstafeln, Signalanlagen usw. Im Jahre 1955 konnte nur eine einzige Lichtsignalanlage neu in Betrieb genommen werden. Hier bleibt noch sehr viel zu tun übrig, um Wien zu einer Weltstadt zu machen.

Dr. Fiedler begrüßt auch die Schaffung einer österreichischen Verkehrswacht. Darin sollen alle am Verkehr beteiligten Faktoren, selbstverständlich auch die Fußgänger, ihre Vertretung finden. Er ersuchte die Gemeinde Wien, diese Bestrebungen zu unterstützen. Die Verkehrswacht wird bereits in den nächsten Wochen die Konstituierung vornehmen.

Bei der Besprechung der städtischen Forstverwaltung regt Dr. Fiedler an, in der Hermesvilla im Lainzer Tiergarten ein Jagdmuseum einzurichten.

Abschließend dankt der Redner dem Stadtrat sowie den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Geschäftsgruppe VII im Namen seiner Fraktion für die im heurigen Jahr geleistete Arbeit und gab seine Zustimmung zu den Ansätzen des Voranschlages (Beifall bei der ÖVP).

GR. Hausner (VO) verlangt eine Unterstützung der Wiener Zeitungsstandbesitzer, deren Existenz bis jetzt von einer Monopolfirma abhängig ist. Er spricht sich gegen eine Verlängerung des Monopolrechtes dieser Firma aus und verlangt, dieses solle der Kriegsbeschädigten-Organisation übertragen werden. Das im neuen Vertrag mit der Monopolfirma vorgesehene eine Prozent als Beitrag für die Schaffung von Zeitungsstandplatzeinrichtungen bezeichnet er als eine schwere Belastung der Standbesitzer.

GR. Wiedermann (SPÖ) meint, daß man aus den Ausführungen der beiden Vorredner den Eindruck gewinnen müßte, es wäre in den letzten Jahren in der Verwaltungsgruppe VII überhaupt nichts geschehen. Dem fügte er hinzu, daß es wahrscheinlich unter allen Magistratsabteilungen keine einzige gibt, die wunschlos wäre. In der Stadtvverwaltung kann aber nur so viel geschehen, als Geldmittel vorhanden sind. Man müsse anerkennen, daß auf allen Gebieten der kommunalen Verwaltung seit 1945 viel geleistet wurde, die Abteilungen der Verwaltungsgruppe VII mit einbegriffen. Es kann nicht darauf ankommen, wie viel Geld die eine oder die andere Abteilung ausgibt, sondern darauf, wie wichtig ihre Leistungen sind. Unter den Magistratsabteilungen der Verwaltungsgruppe VII gibt es solche, die bescheiden, von der Bevölkerung kaum beachtet, im Hintergrund stehen, dem gegenüber aber auch solche, die direkt im Blickfeld des Interesses stehen, wie es zum Beispiel die Baupolizei ist.

Er beschäftigt sich dann mit den schweren Aufgaben, die der Baupolizei durch Errichtung von Bauten entstehen, die ohne Baubewilligung errichtet werden. Er spricht sich entschieden gegen das wilde Bauen aus, insbesondere im Bereich des Wald- und Wiesengürtels und verlangt Maßnahmen gegen unverantwortliche Bodenspekulanten. Er setzt sich für die Schaffung von Baugrund für Siedlungen ein und erinnert, daß bereits vor zwei Jahren im Gemeinderat wegen eines modernen Bodenbeschaffungsgesetzes die Meinungen weitgehend übereinstimmten. Trotzdem haben wir noch immer kein solches Gesetz. Er appelliert an die ÖVP, sie möge sich im Parlament für das Zustandekommen des Bodenbeschaffungsgesetzes einsetzen, denn wir werden ein solches Gesetz dringend benötigen, wenn die Erkenntnisse der Wiener Straßenverkehrsquote in die Tat umgesetzt werden sollen.

Die Sozialisten stehen nach wie vor auf dem Grundsatz, daß auch hier das Interesse des einzelnen dem Interesse der Allgemeinheit untergeordnet werden müsse (Beifall bei der SPÖ). Er beschäftigt sich sodann mit der bis jetzt erfolgten wilden Verbauung des Wald- und Wiesengürtels und verlangt weiter, man möge in diesen Gebieten die Sanierung von etwa 1.800 Hektar in die Wege leiten. Als vordringlich verlangt er die Schaffung einer Kommission zur Verwirklichung des Straßenverkehrsplanes. Er hofft auch, daß eine moderne Garagenverordnung, wie sie bei der Straßenverkehrs-enquete gefordert wurde, rasch zustande kommen wird. Zur Frage der Zebrastreifen stellt er fest, daß die Fußgänger an Straßenübergängen nur dort geschützt sind, wo Lichtsignale montiert wurden oder Verkehrsposten den Verkehr regeln. Er verlangt einen gesetzlichen Schutz der Fußgänger durch die Erklärung der Übergänge als Vorrangstraßen für Passanten.

Er setzt sich dann mit der Kritik der öffentlichen Beleuchtung auseinander und meint, daß gerade auf diesem Gebiet seit 1945 enorm viel geschehen ist, obwohl wir noch nicht am Endpunkt des Ausbaues unserer Straßenbeleuchtung angelangt sind. Die Beleuchtung der öffentlichen Verkehrsflächen Wiens ist so gut, daß wir den Empfehlungen der Verkehrsenquete schon einiges vereweggenommen haben. Dasselbe kann auch von der Friedhofsverwaltung gesagt werden, die unter anderen Verhältnissen als vor dem Krieg geführt wird. Zur Frage der Vergabung von Gärtnerarbeiten in Friedhöfen spricht er sich dafür aus, daß neben dem städtischen Gärtnerbetrieb auch private Gärtner zugelassen werden sollen. Er ist aber gegen eine Einschränkung des städtischen Gärtnerbetriebes, dem nach wie vor die wichtige Funktion der Preisregulierung zukommt. Er appelliert an den Stadtrat, sich gegen gewisse Auswüchse der Reklame an Grabstätten zu verwenden und für die Einhaltung der Friedhofsordnung Sorge zu tragen.

Zum Kapitel Forstverwaltung verweist er auf die besonderen Aufgaben der städtischen Forstwirtschaft, vornehmlich auf den Schutz der Quellengebiete und den Naturschutz überhaupt. Er regt an, ob es nicht besser wäre, die städtische Forstverwaltung mit einer anderen Abteilung, etwa den Wasserwerken, zu vereinigen.

Im weiteren stellt er die Frage, ob der Wildbestand gegenwärtig nicht zu hoch ist und ob der Wildschaden nicht größer ist als die gegenwärtigen Einnahmen aus den Jagdpachten. Abschließend erklärt GR. Wiedermann, daß im allgemeinen die Ansätze ausreichen und dem Aufgabenkreis der Verwaltungsgruppe VII gerecht sind. Seine Fraktion werde den Ansätzen zustimmen.

Stadtrat Lakowitsch beschäftigt sich in seinem Schlußwort zunächst mit den Ausführungen von GR. Kronberger. Zum Problem der Fußgängerstreifen erklärt er, es handelt sich hier um eine Frage, die vielen Städten Kopfzerbrechen bereitet. Die Größe der Kraftwagen ist in Wien geregelt und die Kontrollen der Magistratsabteilung 46 werden eher als zu streng bezeichnet. Es wurde Vorsorge getroffen, daß für größere Wagen auch mehr bezahlt wird.

Hinsichtlich des Wald- und Wiesengürtels ist es richtig, daß die Gemeinde auf Grund eines Beschlusses aus dem Jahre 1905 das Recht hat, sich in alle Grundverkäufe, die im Wald- und Wiesengürtel vorgenommen werden, einzuschalten. Auf Grund der gesteigerten Wohnbedürfnisse und der damit zusammenhängenden Schaffung von Wohnbauten hat die Gemeinde jedoch nicht die nötigen Mittel und kann hier nur schrittweise vorgehen. Der Feststellung, daß die Baupolizei nicht genügend Platz und Personal hat, könne man nur zustimmen. Es ist zu hoffen, daß hier jedoch Abhilfe geschaffen wird.

Zum Problem des wilden Siedelns ist zu sagen, daß bereits für drei Gebiete Räumungsaufträge erteilt wurden. Das sind Maßnahmen, über die man nicht hinwegkommt, wenn man den Wald- und Wiesengürtel erhalten will. Die bereits gekündigten Gründe sind aber nicht die einzigen wilden Siedlungen. Es erhebt sich die Frage, wie weit man bei derartigen Räumungsaufträgen zurückgreifen soll, da manche Gebiete von den Siedlern bereits durch Jahrzehnte benützt werden. Hier wird man sich zu einer endgültigen Regelung entschließen müssen. Es wird eine Sache der rechtskundigen Beamten sein, entsprechende Grundlagen zu schaffen, um das wilde Siedeln zu verhindern. Der heute gebräuchliche Instanzenweg ist zu lang. Es dürfe jedoch auch nicht vorkommen, daß sich die Gemeinde Wien über derartige Bestimmungen durch Widmungsänderungen hinwegsetzt, wenn sie Gemeindeg Häuser errichten will. Es soll mit keinen Bauten begonnen werden, ehe nicht die Baubewilligung erteilt ist. Wenn bei den Friedhöfen

festgestellt wurde, daß die Gebühren hier noch nachhinken, kann man nur sagen, daß man hier nicht nach dem Prinzip der kostendeckenden Preise handeln dürfe. Auch bei Beerdigungen in sogenannten "Wahlfriedhöfen" dürften nicht besonders hohe Gebühren berechnet werden. Die Bestattung der Toten dürfe für die Gemeindeverwaltung nicht eine Angelegenheit vom kaufmännischen, sondern vom kulturellen Gesichtspunkt aus sein.

Zur Frage der Zeitungsstandbesitzer ist zu sagen, daß bei aller Rücksichtnahme auf diese Berufsgruppe, zu der sicher nicht die Begütertesten gehören, darauf Bedacht genommen werden muß, daß sich diese Stände in das Straßenbild einordnen. Es muß daher eine verantwortliche Stelle geben, die sich damit beschäftigt. Die Verwirklichung der Forderung auf Schaffung eines Grundbeschaffungsgesetzes geschieht ja bereits auf Bundesebene. Durch die Zusammenarbeit der Parteien muß es möglich sein, auf diesem Gebiete zu einem Ergebnis zu kommen. Bei der Schaffung eines solchen Gesetzes muß aber darauf geachtet werden, daß der Begriff des Eigentums nicht angetastet wird (Beifall bei ÖVP).

Zu den Kritiken hinsichtlich der Verkehrsverhältnisse ist zu hoffen, daß hier durch die Ergebnisse der Verkehrsenquete verschiedene Verbesserungen erfolgen werden, zu denen der Finanzstadtrat aber die nötigen Mittel zur Verfügung stellen müßte. Zur Garagenordnung ist zu sagen, daß hier noch nicht geklärt ist, ob hier der Bund oder die Länder zuständig sind. Sicherlich wird auch auf diesem Gebiet eine gerechte Lösung gefunden werden. Zur angeregten Zusammenlegung der Abteilung Forstverwaltung mit den Wasserwerken ist zu sagen, daß in einem solchen Fall die Wasserwerke zur Forstverwaltung kommen müßten und nicht umgekehrt.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Gruppe VII gegen die Stimmen der VO angenommen. Der Antrag des GR. Kronberger wurde einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Der Parteienverkehr in den Stadtkassen
=====

19. Dezember (RK) Die Stadtkassen bleiben wegen Abschlußarbeiten in der Zeit vom 22. bis einschließlich 31. Dezember für den Parteienverkehr geschlossen. Für die Erledigung unabweisbarer Fälle und für die Ausgabe von Postsparkassen-Erlagscheine während der üblichen Amtsstunden wird Vorsorge getroffen, sodaß die Einzahlung von Abgaben keine Unterbrechung erleidet.

- - -

Stadtwerke-Lehrlinge sammelten für Kaprun
=====

19. Dezember (RK) Im Sommer machten 94 Lehrlinge der Wiener Stadtwerke eine Exkursion nach Kaprun. Als sie jetzt von dem großen Lawinenunglück hörten, veranstalteten sie spontan eine Sammlung. Die Lehrlinge haben von ihrem bescheidenen Lohn 1.700 Schilling zusammengelegt und diesen Spendenbetrag nach Kaprun geschickt.

- - -

Geschäftsgruppe VIII: Öffentliche Einrichtungen
=====

19. Dezember (RK) Stadtrat Koci (SPÖ) referierte sodann über die Ansätze der Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen. Die Gesamteinnahmen dieser Gruppe werden sich auf rund 195,4 Millionen Schilling belaufen, die Ausgaben auf 372,4 Millionen. Der Personalaufwand wird im kommenden Jahr 150,7 Millionen, der Sachaufwand 221,7 Millionen erfordern. Für Erhaltungsarbeiten baulicher Anlagen und für Inventarerhaltung sind 40,8 Millionen, für einmalige bauliche Herstellungen 66,2 Millionen und für einmalige Inventaranschaffung 13 Millionen vorgesehen.

Bei der Kanalisation stehen den Einnahmen von 24 Millionen, Ausgaben in der Höhe von 42,9 Millionen gegenüber. Für die laufenden Erhaltungsarbeiten im Kanalnetz, größere Kanalinstandsetzungen, Kanalumbauten usw. sind 7,5 Millionen Schilling vorgesehen. Für Kanalneubauten werden 17 Millionen Schilling aufgewendet, davon allein für die Kanalisierung städtischer Wohnhausanlagen 8,5 Millionen. Für das letzte Bauwerk zum Ausbau des Leopoldauer Sammlers sind 2,2 Millionen vorgesehen. Er wird im kommenden Jahr fertiggestellt. Der größte Kanalisationsumbau fand in diesem Jahr auf der Baustelle am Praterstern statt. Es wurden dafür 750.000 Schilling aufgewendet.

Die städtischen Wasserwerke rechnen mit Ausgaben von 123 Millionen und Einnahmen von 73 Millionen Schilling. Der Personalaufwand ist mit 25,7 Millionen, der Sachaufwand mit 97,2 Millionen angesetzt. 22 Millionen sind für die Erhaltung und Reinigung der Wasserleitungsanlagen für Rohre und Armaturen vorgesehen, 5,5 Millionen für die Erhaltung von Maschinen, Werkzeugen und technischen Anlagen, 3 Millionen für verschiedene Betriebserfordernisse, vor

allem für den Fremdwasserbezug (Wientalwasserleitung). Der Ansatz für bauliche Herstellungen im kommenden Jahr beträgt 35 Millionen. Als sechste Baustelle für den Leitungsspeicher in Neusiedl am Steinfeld sind 20 Millionen in das Budget eingesetzt. Bisher wurden 53 Millionen verbraucht. Vorgesehen sind insgesamt 90 Millionen. Der Referent teilte mit, daß mit der Probefüllung bereits begonnen wurde. Im Jahre 1957 wird das große Projekt vollendet sein können. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Für die Erhaltung der baulichen Anlagen und die Inventar-erhaltung sind für das nächste Jahr 27 Millionen vorgesehen. Heuer wurden unter anderem an vielen Stellen des Stadtgebietes insgesamt 17 Kilometer neue Rohrstränge gelegt, 1.500 neue Hausanschlüsse geschaffen und bis Ende Oktober 5.497 Gebrechen im Rohrnetz behoben. Die Wassergewinnung betrug von Jänner bis November 127 Millionen Kubikmeter, davon allein 111 Millionen Kubikmeter Quellwasser. Das ist ein Tagesdurchschnitt von 379 Millionen Liter.

Die Chlorierung des Wassers wird mit 0.2 Milligramm pro Liter, wie in den vergangenen Jahren durchgeführt. Stadtrat Koci teilte mit, daß die Chlorierung leider nicht zur Gänze aufgehoben werden könne. Die Untersuchungen im Quellgebiet haben ergeben, daß dieses Wasser durch den Touristenverkehr einer Verseuchung ausgesetzt ist. Stadtrat Koci gab jedoch die Erklärung ab, daß die Chlorierung nur im unumgänglich notwendigen Ausmaß und überdies so vorgenommen werden wird, daß der Chlorgeschmack nicht mehr spürbar ist. Der Wasserverbrauch betrug in Wien bis November 122,8 Millionen Kubikmeter, und dies trotz dem kühlen Sommer. Der Tagesdurchschnitt pro Kopf betrug 237 Liter, das Tagesmaximum am 4. Juli 290 Liter, das Minimum am 10. April 179 Liter.

Bei den städtischen Bädern wird der Personalaufwand 14,6 Millionen und der Sachaufwand 23 Millionen Schilling betragen. Als letzte Baumaßnahme wird das Theresienbad mit 4,7 Millionen fertiggestellt. Für das Sommerbad Favoriten, das einen Gesamtkostenaufwand von 18,5 Millionen erfordert, ist die erste Baumaßnahme mit zwei Millionen angesetzt. In Rodaun wird ein Kinderfreibad errichtet, das 750.000 Schilling kosten wird. In diesem Jahr waren 61 Bäder mit 30.504 Umkleidegelegenheiten im Betrieb. Bis Ende November wurden in den Warmbädern 5,3 Millionen Besucher gezählt, in den Sommerbädern 870.000 und in den Kinderfreibädern 437.000 Badegäste. Bei den Warmbädern ergab sich eine starke Steigerung in der Benützung der Wannen-, Dampf- und Schwimmbäder, dagegen ein allmähliches Sinken bei der Benützung der Brausebäder, was wohl auf die Brausen in Wohnungen und Betrieben zurückzuführen ist.

Bei den städtischen Wäschereien stehen Ausgaben von 14,1 Millionen, Einnahmen von 13,2 Millionen gegenüber. Für die Modernisierung der Zentralwäscherei werden zwei neue Großraumwaschmaschinen, eine Wäschezentrifuge und ein Lastkraftwagen für den Transport angeschafft. Die Waschleistungen konnten gesteigert werden. Waren es 1953 3,9 Millionen Kilogramm Wäsche, so sind es heute bis Ende Oktober 4,1 Millionen Kilogramm.

Die Magistratsabteilung 48 umfaßt Stadtreinigung und Fuhrpark. 1.854 Arbeiter und Angestellte sind für die Stadtreinigung eingesetzt. Die zu reinigende Straßenfläche beträgt 19 Millionen Quadratmeter. Eine große Zahl von Geräten und Fahrzeugen steht zur Verfügung. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Überfüllung der Wiener Straßen den Wirkungsgrad des Geräteeinsatzes immer mehr drückt, so daß ein wesentlicher Teil der Aufgaben ständig der Handarbeit vorbehalten bleiben wird, besonders im Winter. Im Winter muß man sich überhaupt der Tatsache bewußt bleiben, daß auch die umfangreichsten und kostspieligsten Vorbereitungen immer nur bis zu einem gewissen Grad die Verminderung der winterlichen Unannehmlichkeiten herbeiführen können, nie aber deren vollständige Verhinderung. Im vergangenen Winter wurden zusätzlich 47.527 Schneearbeiter aufgenommen, die mehr als zwei Millionen Schilling kosteten. Für den kommenden Winter werden die Schneearbeiterlöhne um 50 Groschen erhöht.

Zur Müllbeseitigung stehen 72 Großraummüllwagen, 6 Bergwagen, ein Kùbelsammelwagen und 184.000 Mülltonnen zur Verfügung. Die Müllmenge wird in diesem Jahr 580.000 Kubikmeter erreichen. 10.000 ColoniagefäÙe werden jährlich unbrauchbar. 1956 werden Mauer, Rodaun, Kalksburg und einige Siedlungen in Hietzing in die staubfreie Müllabfuhr einbezogen werden. Mit der Aufnahme der Müllverwertung durch die Biomüll-Gesellschaft kann mit Beginn des Jahres 1956 gerechnet werden.

Abschließend dankte Stadtrat Koci den Beamten, Arbeitern und Angestellten der ihm unterstehenden Abteilungen, besonders jenen Arbeitern und Angestellten, die im Winter bei Schnee und Eis pflichtbewußt ihren Dienst ausüben. (Beifall bei SPÖ.)

GR. Maller beschäftigt sich in seinem Debattenbeitrag mit der Kanalisation, deren gutes Funktionieren er als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet. Immerhin, sagt er, bilden in einigen Gebieten die Senkgruben noch immer eine Gefahr und er stellt im Zusammenhang die Frage, um wie viel sich die Zahl der Senkgruben im letzten Jahr verringert hat. Die Kanaleinmündungsgebühren in einzelnen Siedlungen bezeichnet er als zu hoch. Zum Kapitel Wasserversorgung konstatiert er, daß durch die Errichtung des großen Wasserspeichers in Neusiedl eine Erleichterung geschaffen wurde. Hier wurde ein wahres Meisterwerk geschaffen. Obwohl er die Notwendigkeit der Chlorierung nicht bestreitet, meint er, daß dennoch das Trinkwasser dadurch verfälscht wird. Er regt die Aufstellung von Trinkbrunnen in Parkanlagen an. Die Einrichtungen unserer Brausebäder entsprechen nicht mehr den Anforderungen. Er regt den Bau eines Brausebades in Hütteldorf und den Ausbau der Alten Donau zu einem Wassersportgebiet an.

Die Straßenreinigung im Sommer und auch die Schneesäuberung im Winter bezeichnet er als mangelhaft, die technische Einrichtung der Straßenpflege als unzulänglich. Er gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der 23. Bezirk in die Kehrichtabfuhr einbezogen wurde. Seine Fraktion wird den Ansätzen der Verwaltungsgruppe VIII nicht zustimmen.

GR. Walzer (ÖVP) stellt einleitend fest, daß, obwohl das Wiener Kanalnetz im letzten Jahr abermals verbessert wurde, die Zahl der Senkgruben jedoch nur unbedeutend abgenommen hat. Er verlangt, daß Bedürfnisanstalten, die abgetragen werden, sofort durch neue ersetzt werden, womöglich unterirdisch angelegt. Die Wasserwerke haben von Jahr zu Jahr mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen, was darauf zurückzuführen ist, daß das Wiener Wasser-Netz mit der Verbauung der Stadt nicht Schritt hält. Bei der Errichtung größerer Wohnhausbauten wurde offenbar auf eine gesicherte Wasserversorgung vergessen, wie es Fälle im 10. Bezirk beweisen, wo es jetzt in den Rohren zu wenig Druck gibt. Er bezeichnet dies als einen untragbaren Zustand, dem abgeholfen werden muß.

Die Bemühungen, die im Ausbau der Wiener Wasserversorgung gemacht wurden, finden seine Anerkennung. Nach der Fertigstellung des größten Wasserspeichers der Welt in Neusiedl wird es möglich sein, den Verbrauch von 220 Litern pro Kopf und Tag sicherzustellen. Dennoch meint er, bleibe das Problem der Wasserversorgung nach wie vor bestehen und er stellt die Frage, ob man sich nicht mit dem Bau einer 3. Hochquellenleitung beschäftigen sollte. Zur Finanzierung solcher Bauten stellt er grundsätzlich namens seiner Fraktion fest, man sollte sich langfristiger Kredite bedienen. Sollte die Mehrheit dieses Hauses nicht imstande sein, solche Kredite zu beschaffen, könne sie sich an seine Fraktion wenden. (Zwischenrufe bei der SPÖ: Russenanleihe!) Der Redner stellt dann einen Antrag betreffend den Ausbau des Hochquellenleitungsnetzes im 11. Bezirk und den Anschluß des 23. Bezirkes und von Hadersdorf-Weidlingau an das Wiener Versorgungsnetz. Zum Kapitel Wasserwerke stellt er fest, daß die Verseuchung der Hausbrunnen noch immer eine akute Gefahr sei. Er begrüßt den Wiederaufbau des Theresienbades im 12. Bezirk und konstatiert, daß es auch gelungen ist, die Einrichtungen in den Sommerbädern zu verbessern. Er bemängelt den Zustand einiger Volksbäder und spricht sich für die Errichtung von Kinderfreibädern im 4., 6., 8. und 13. Bezirk aus. Den in Aussicht gestellten Bau eines Freibades im 23. Bezirk begrüßt er. Die Rauchentwicklung in der Zentralwäscherei im 12. Bezirk werde von der Bevölkerung immer noch als eine arge Plage bezeichnet.

Zum Kapitel Straßenpflege meint er, daß in den Außenbezirken noch mancher Wunsch zu berücksichtigen wäre, denn auch dort hat die Bevölkerung ein Anrecht auf saubere Straßen. Man müßte dafür Sorge tragen, den Personalstand ausreichend zu vermehren. Er stellt die Frage, welche Vorkehrungen getroffen wurden, damit sich die vorjährigen Vorfälle beim ersten Schneefall nicht mehr wiederholen. Er meint, die Schneearbeiter müßten rascher eingesetzt werden und spricht sich auch für Maßnahmen gegen parkende Autos aus. Eine Abhilfe könnte hier durch zeitbeschränkte Parkverbote geschaffen werden.

Die Müllverbrennung hält er für die hygienischeste Art der Müllbeseitigung. Durch die Auflockerung der Stadt kommt es, daß sich derzeit die Ablagerungsplätze inmitten von Wohngebieten befinden. Das Projekt einer Müllverbrennungsanlage im 16. Bezirk bezeichnet er als eine gute Lösung. Abschließend gibt er der Hoffnung Ausdruck, daß seine objektiven und sachlichen Anträge Berücksichtigung finden werden und dankt allen Bediensteten der Verwaltungsgruppe VIII für ihre Leistungen. Seine Fraktion wird den Ansätzen zustimmen.

GR. Fucik (SPÖ) gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß Stadtrat Resch durch die Beistellung von zwei Millionen Schilling den Bau eines Sommerbades in Favoriten ermöglicht hat. (Beifall bei der SPÖ). Mit diesem Betrag wird der Beginn des Baues ermöglicht und damit ein alter Wunsch der Favoritner Bevölkerung erfüllt werden. Auch die Simmeringer und die Bevölkerung des 4. und 5. Bezirkes werden diesen Bau mit Freude begrüßen, der sich nach den bereits vorliegenden Plänen der Bäderstadt Wien würdig erweisen wird. Gleichfalls erfreulich sind die Ansätze für den Bau eines Sommerbassins im Theresienbad, für das Kinderfreibad in Rodaun und für die Baggerungsarbeiten in der Alten Donau. Auch auf dem Gebiete der Kanalisation wird im kommenden Jahr wieder vieles geleistet werden können. Besonders am Herzen liegt der Stadtverwaltung der Anschluß des Siedlungsgebietes an das städtische Kanalnetz. Bei den Wasserwerken steigen die Einnahmen um 3.7 Prozent, die Ausgaben jedoch um 15.9 Prozent. Daraus ist zu ersehen, welche überragende Bedeutung die Stadtverwaltung der Wasserversorgung zumißt. Sie betrachtet es als ihre soziale Aufgabe, alle Schwierigkeiten, die sich infolge des Krieges und durch das Wachstum der Stadt ergaben, zu beseitigen. Der Redner stellt fest, daß durch den Bau der vielen Wohnhausbauten am Wienerberg der Wasserverbrauch ungeheuer gestiegen und der Druck dadurch in den höher gelegenen Gebieten nicht genügend groß ist. Er fragt an, wieweit diese Schwierigkeiten im kommenden Jahr behoben sein werden. Bezüglich des städtischen Fuhrparkes und der Stadtreinigung haben sich seine Vorredner an Forderungen überboten. Besonders die ÖVP hat im Februar dieses Jahres, als plötzlich ungeheure Schneefälle einsetzten, nicht genug Demagogie damit treiben können.

./.

Es hätte jedoch bestimmt keine Stadt der Welt ein solches Naturereignis und seine Auswirkungen in kürzester Zeit ungeschehen machen können. Man darf auch nicht vergessen, daß durch den gesteigerten Verkehr die Schwierigkeiten bei der Schneesäuberung immer größer werden.

Auf einem Gebiet müßten noch Verbesserungen erreicht werden, und zwar bei den Bedürfnisanstalten. In letzter Zeit ist man bereits darangegangen, sie unter die Erde zu verlegen, wie bei der Opernkreuzung, am Praterstern und auf dem Schwedenplatz. Leider ist dies eine sehr kostspielige Angelegenheit. Man sollte aber versuchen, wenn auch nicht gleich Ersatz durch unterirdische Bedürfnisanstalten geschaffen werden kann, diese häßlichen Erinnerungen an eine längst vergangene Zeit aus dem Straßenbild zu beseitigen. Wichtig wäre die Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf der städtischen Lagerwiese "Rehlacke". Abschließend dankt GR. Fucik allen Bediensteten dieser Verwaltungsgruppe, die in erster Linie der Gesunderhaltung der Wiener Bevölkerung dienen, für ihre Arbeit. Er hofft, daß in Zukunft alles getan werden wird, um die Arbeiten dieser Gruppe im Interesse der Wiener Bevölkerung noch zu verbessern. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Koci teilt zur Anfrage des GR. Maller, um wieviel die Senkgruben verringert wurden, mit, daß hier Schwierigkeiten vor allem in jenen Gebieten herrschen, über die bereits Stadtrat Lakowitsch gesprochen hat, nämlich in den wilden Siedlungen. Die Entfernung der Senkgruben und deren Anschluß an das Kanalnetz scheidet oft daran, daß diese Siedlungshäuser allzu weit vom Kanalanschluß entfernt sind und daher hohe Einmündungsgebühren notwendig wären. Erfreulich sei die Anerkennung GR. Mallers auf dem Gebiete der Wasserversorgung, doch dürfte die optimistische Meinung, daß Wien damit aller Wassersorgen enthoben wäre, nicht ganz zutreffen. Es wurde damit im Zusammenhang die Forderung nach dem Bau einer dritten Wasserleitung erhoben. Dazu ist zu sagen, daß sich die Fachleute schon jahrelang mit dem Problem der Grundwassergewinnung bei Moosbrunn beschäftigen. Derartige Vorhaben müssen jedoch genau geprüft und auch von der finanziellen Seite erwogen werden.

Zur Chlorierung des Wassers ist zu sagen, daß bei dem heutigen gesteigerten Touristenverkehr niemand die Verantwortung für eine Aufhebung der Chlorierung übernehmen könnte. Die Fachleute beschäftigen sich mit dieser Frage und bemühen sich, den unangenehmen Chlorgeschmack zu vermeiden oder zumindest auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Die Gesundheit der Bevölkerung ist aber sicher wichtiger. Zur Forderung nach Schaffung von Auslaufbrunnen in den Parkgebieten ist zu sagen, daß vielfach davon Abstand genommen wurde, weil die Kinder in weitem Umkreis das Wasser verpritscheln. Zur von allen drei Rednern angeschnittenen Frage der Wasserdruckschwierigkeiten vor allem in den höher gelegenen Anlagen am Wiener Berg ist zu sagen, daß sich die Fertigstellung des neuen Druckwerkes am Wiener Berg verzögert hat, daß man aber hofft, die erforderlichen Anschlüsse noch im Jänner des kommenden Jahres fertigzustellen. Der Forderung nach dem Ausbau der Alten Donau wurde teils durch die Schaffung der "Rehlacke" Rechnung getragen. Die dort geforderte Bedürfnisanstalt wird im kommenden Jahr errichtet.

Zur Schneesäuberung ist zu sagen, daß vorgesorgt ist, soweit man nur vorsorgen kann. Gegen eine Naturkatastrophe könne man natürlich nicht vorbeugen. Die notwendigen Geräte sind vorhanden, so 160 Motorpflüge, 47 Schneepfluganhänger, 17 Federpflüge, zwei geländegängige Pflüge, zwei Großraum-Sandstreuenaufbauten, sechs elektrische Sandstreuer zum Einbau auf LKW, zwei Motorstreukarren, ein Lanz-Geräteträger als Schneepflug für enge, verkehrsreiche Straßen usw. Auf dem Gebiete der staubfreien Müllabfuhr kann nur schrittweise vorgegangen werden; ein diesbezügliches Gesetz für die Randgemeinden hat der Landtag bereits beschlossen. Bei den Sommerbädern ist vielleicht nicht die entscheidende Frage, ob wir genug haben, als vielmehr die, wo sie sind und wie man die langen Anfahrtszeiten ersparen könne.

GR. Walzer hat über die Rußentwicklung in der Zentralwäscherei geklagt. Dazu ist zu sagen, daß der Umbau der Ölfeuerung noch nicht fertig ist. Voraussichtlich im März wird es jedoch keine Rußbelästigung mehr geben. Der ÖVP-Redner hat auch den Wunsch geäußert, daß man die Bedürfnisanstalten unterirdisch errichten solle; das ist freilich eine Finanzfrage. Wir bemühen uns jedoch, hier Abhilfe zu schaffen.

Die Instandsetzung der Volksbäder wird laufend nach den vorhandenen Mitteln vorgenommen. Ebenso die Errichtung der Kinderfreibäder.

Das Projekt der Müllverbrennung würde die Gemeinde Wien 130 Millionen Schilling kosten. Ich glaube nicht, sagte der Referent, daß man daher in den nächsten Jahren daran denken kann, dieses Projekt zu verwirklichen.

Den Antrag der ÖVP empfiehlt Stadtrat Koci, dem zuständigen Ausschuß der Behandlung zu übermitteln. Abschließend dankt er allen Debattenrednern für ihre Stellungnahme und ersucht nochmals um die Genehmigung der Ansätze der Verwaltungsgruppe VIII. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VIII Hauptstückes gegen die Stimmen der VO angenommen. Der Antrag der ÖVP wird einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

- - -

Geschäftsgruppe IX: Wohnungswesen

=====

19. Dezember (RK) Stadtrat Glaserer (SPÖ) erstattete das Referat über die Ansätze der Geschäftsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen. Er führte aus: Die Zahl, der bei der Magistratsabteilung 50 in Vormerkung befindlichen Fälle ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Wir haben mit 30. November 1955 in der Klasse I 48.172, in der Klasse II 10.614, also in Klasse I und II zusammen 58.786 Vormerkungen.

In dieser Zahl sind auch jene Fälle enthalten, die vom Amt als "sehr dringend" bezeichnet werden, und zwar: 789 Einsturzfälle. Unter diesen befinden sich zur Zeit 583 Familien in einsturzgefährdeten Wohnungen, deren Räumungstermin schon fällig und deren Unterbringung momentan unsere größte Sorge ist. 4.330 Familien sind obdachlos und 8.983 Familien sind von Obdachlosigkeit bedroht - in 229 Fällen handelt es sich um Unterbringung wegen offener Tbc. Das sind zusammen 14.331 dringendster Fälle. Die Zahl dieser vorgemerkten Notstandsfälle ist seit 1952 fast gleich geblieben, obwohl seit 1952 mehr als 26.000 solcher Notstandsfälle vom Amt gelöst wurden. Dies beweist, daß dieses so viel gelästerte Wohnungsamt doch in erster Linie immer dort geholfen hat, wo es am nötigsten war. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu diesen in Klasse I und II Vorgemerkten, kommt noch eine annähernd ebenso große Zahl der in Klasse III eingereichten Wohnungsansuchen. Diese gelten zwar als minder dringend und abgelehnt, doch besteht bei einer wesentlichen Anzahl dieser Fälle ein gewisser Notstand, der im Punktesystem einfach nicht seinen Ausdruck finden kann. Ich denke hier vor allem an kranke Menschen; an Gelähmte und Beinamputierte, an Personen, die mit schweren Herzkrankheiten behaftet sind. Allen diesen Menschen macht das Stiegensteigen größte Schwierigkeiten. Wenn diese Fälle auch nicht eine sofortige Lösung erfordern, so sollte doch auch hier in abschubarer Zeit die Möglichkeit zu helfen vorhanden sein.

Daneben gibt es noch eine ganze Reihe anderer Sorgen und Probleme. Ich möchte nur eine besprechen:

Wissenschaftler und Künstler, Schriftsteller und Lehrer verlangen, daß ihnen bei Zuweisung einer Wohnung auch ein Arbeitsraum gegeben wird. Auch wenn wir immer wieder den Anspruch auf einen solchen zusätzlichen Raum für diese Berufsschichten anerkannt haben, so konnte doch bisher diesem Verlangen nicht entsprochen werden, da wir im sozialen Wohnhausbau nur eine der Kopffzahl entsprechende Wohnung zuweisen können.

Nun hat am Samstag Stadtrat Thaller berichtet, daß er bereits mit dem Bau von Wohnhausanlagen aus den Mitteln der Wohnbauförderung begonnen hat und daß er hier die Wohnungen größer baut, als im sozialen Wohnhausbau.

Auf dem Sektor der Wohnbauförderung sowie im Hochhaus beim Matzleinsdorfer Platz wollen wir diesen zusätzlichen Raum geben und damit versuchen, die Wünsche dieser Berufsgruppen einer Lösung zuzuführen. Der Unterschied gegenüber dem sozialen Wohnhausbau liegt schon in der Mietzinsbildung. Ich glaube aber, daß dem in Frage stehenden Personenkreis ein höherer Zins zumutbar ist.

Hinzufügen muß ich, daß wir auch schon bisher zusätzliche Räume gegeben haben, allerdings nur so weit, als dies für die Versorgung der Bevölkerung von Bedeutung war. Ich meine Ordinationsräume für Ärzte und Dentisten, die wir in großer Zahl zur Verfügung gestellt haben. Auch den bildenden Künstlern wurden bisher nicht weniger als 310 Ateliers zugewiesen.

Das Wohnungsamt konnte in den abgelaufenen elf Monaten 15.006 Fälle positiv erledigen. Bisher standen jährlich neben den Gemeindewohnungen 10.000 bis 12.000 Privatwohnungen zur Deckung des Wohnraumbedarfes zur Verfügung. Wenn auch die meisten dieser Privatwohnungen über Hausherrnvorschlag zugewiesen wurden, so mußte doch dem Hausherrnvorschlag eine Qualifikation der Klasse I zugrundeliegen.

Nun aber läuft mit Ende dieses Jahres das Wohnungsanforderungsgesetz ab und damit wird das Wohnungsamt auf die Verteilung des privaten Wohnraumes keinerlei Einfluß mehr haben, da dieses Wohnungsamt überhaupt nicht mehr existieren wird.

Die von diesem Amt auf Grund des Wohnungsanforderungsgesetzes aus gestellten Punktebewertungen verlieren natürlich mit dem Ablauf dieses Gesetzes auch ihre Gültigkeit. Das Ende der Wohnraumbewirtschaftung wird ohne Zweifel große Änderungen auf dem Wohnungsmarkt hervorrufen, Änderungen, von denen ich aber annehmen kann, daß sie sich auf keinem Fall zum Vorteil der Wohnungssuchenden auswirken werden.

Die Wohnung im Privathaus wird als Ware auf den Markt geworfen. Der Preis dieser Ware wird den Spielregeln der sogenannten freien Wirtschaft unterworfen sein. Das heißt, nicht mehr die Bedürftigkeit, sondern das Geld wird entscheidend sein, ob einer seinen Wohnbedarf befriedigen kann oder nicht.

Für uns, für die Gemeinde Wien, bedeutet dies, daß die Schwierigkeiten im kommenden Jahr noch größer sein werden, als sie heute ohnehin schon sind.

Die Magistratsabteilung 52, Wohn- und Amtshäuserverwaltung, die auch das Kleingarten- und Siedlungswesen umfaßt, betreut heute 1.433 Objekte mit 106.937 Wohnungen und 5.018 Lokalen,

Gegenüber dem Stande vom 31.12.1954 ergibt sich ein Zugang von 2.185 Wohnungen und ein Abgang von 39 Geschäftsräumen. Der trotz Fertigstellung einer größeren Anzahl Neubauwohnungen anscheinend geringe Zuwachs entstand hauptsächlich durch die Übergabe von Neubauwohnungen, Siedlungen und Althauswohnungen an niederösterreichische Gemeinden. Es handelt sich hier um 216 Althäuser und 46 Wohnhausneubauten.

Die Betreuung der städtischen Wohnobjekte erfolgt durch 2.474 Hauswarte und 60 Haus-, bzw. Siedlungsinspektoren.

Die Instandsetzung der Wohnhausanlagen, die zwischen den beiden Weltkriegen errichtet worden sind, wurde fortgesetzt. Für Zeit- und Kriegsschadenbhebungen wurde im Jahre 1955 ein Betrag von 56 Millionen Schilling aufgewendet. Die Beendigung der Generalüberholung dieser Bauten ist mit Ende des Jahres 1956 in Aussicht genommen.

Erstmalig wurden für das kommende Jahr Budgetmittel für die Modernisierung, bzw. Mechanisierung der bestehenden Waschküchen in den städtischen Altbauten bewilligt. (Beifall bei der SPÖ.)

Die städtische Amtshäuserverwaltung betreut in Wien 107, außerhalb Wiens acht Objekte, davon 84 Amtshäuser. Sieben Gebäude sind jedoch nur in treuhändiger Verwaltung.

Die Möbelrechtsstelle und Möbelverwaltung sind bemüht, soweit sich das derzeit noch bestehende NS-Gesetz nicht hemmend auswirkt, Möbel, soweit sie von den Benützern freiwillig zurückgestellt werden, an die ehemaligen Besitzer zurückzugeben.

Es haben nach Abschluß des Staatsvertrages Möbelbenützer in verstärktem Ausmaße Verzichtserklärungen über die von ihnen benützten Möbel abgegeben.

Eine endgültige Regelung dieses Problems ist jedoch von einer Novellierung des NS-Gesetzes abhängig.

An Kleingartenflächen wurden am 1. Dezember 1955 insgesamt 5,900.000 Quadratmeter verwaltet. Gegenüber dem Jahre 1954 ergab sich eine Verminderung um 550.000 Quadratmeter, die an die niederösterreichischen Randgemeinden rückübertragen wurden.

Der Pachtzins beträgt derzeit zehn Groschen pro Quadratmeter im Jahr. Zur Zeit sind diese zehn Groschen pro Quadratmeter nicht kostendeckend. Verhandlungen um eine kostendeckende Regelung werden notwendig sein.

Auch bei den Kleingärtnern werden, soweit es das NS-Gesetz ermöglicht, im Einvernehmen mit den Kleingartenvereinen die Gärten wieder an die Vorbesitzer zurückgestellt.

An Ernteland werden noch immer rund 1,450.000 Quadratmeter in Anspruch genommen, wovon sich 1,275.000 Quadratmeter mit 6.200 Erntelandlose in städtischem Besitz, 175.000 Quadratmeter und 665 Erntelandlose in privatem Besitz befinden.

Die einzelnen Erntelandbenützer bezahlen keinerlei Pacht-schilling, sondern bloß eine Verwaltungsgebühr von zehn Schilling pro Jahr und Los, ohne Rücksicht auf dessen Größe. Die Flächen werden nur im Wege der Bittleihe vergeben, ohne Begründung eines Vertragsverhältnisses.

Die Erntelandaktion hat während des Krieges und auch nachher ihre Begründung in der teilweisen Sicherstellung der Ernährungsgrundlage der Bevölkerung der Stadt gehabt. Diese Notwendigkeit besteht heute nicht mehr. Es kann daher auch diese kriegsbedingte Aktion keine Dauereinrichtung sein. ./.

Wie ich schon anfangs erwähnte, werden wir im kommenden Jahr mit schweren Sorgen wegen der Unterbringung der Notstandsfälle belastet sein.

Abschließend dankte Stadtrat Glaserer allen Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses IX sowie allen Beamten für die geleistete Mitarbeit und ersuchte um die Annahme der Ansätze des Budget der Verwaltungsgruppe IX (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

GR. Hausner (VO) beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Abschaffung des Wohnungsanforderungsgesetzes und erklärt, daß dadurch der Amtsführende Stadtrat zu einem Hausverwalter degradiert wurde. Er fragt, wie man in einem Augenblick, in dem tausende Wiener noch keine Wohnung haben, dieses Gesetz auf Drängen der ÖVP abschaffen konnte. Er bemängelt, daß noch immer nicht das Wohnungsräumungsschutzgesetz durchgesetzt wurde. Anstatt dessen begnügt man sich mit der alljährlich vorgebrachten Bitte des Justizministers, Delogierungen in den Wintermonaten zu unterlassen. Der Redner bedauert, daß die SPÖ diese Politik mitmache, umsomehr, da die Verantwortung für die Wohnverhältnisse nach wie vor die Gemeinde Wien trägt. Mit der Abschaffung des Wohnungsanforderungsgesetzes wurde aus dem Mietergesetz ein großer Stein herausgebrochen. Die SPÖ hat wie immer auch hier nachgegeben und erst später einmal wird sie wieder zugeben müssen, daß ein Fehler geschehen ist. Seit den im Jahre 1951 durchgeführten Mietzinserhöhungen haben die Wiener Hausbesitzer fast drei Milliarden eingenommen, ohne daß für die Instandsetzung ihrer Häuser etwas geschehen wäre.

Der Redner bedauert, daß es der Gemeinde Wien heuer nicht gelungen ist, die vorausgesehene Zahl der Wohnungen fertigzustellen. Dadurch sei eine weitere Verschärfung auf dem Wohnungsmarkt eingetreten.

Zum Wohnungsamt sagte er, er sei der Ansicht, daß von den Beamten nicht so sehr eine Protektion geübt wird. Das Hauptübel sei vielmehr das Festhalten am Proporz. Es gäbe noch immer 200 bis 300 Fälle von Wohnungssuchenden mit Tbc, die nicht erledigt werden können. Das gleiche gilt von ausgebombten Familien und KZlern. Zur hohen Zahl der Obdachlosen meint er, es war keine kluge Politik, die Obdachlosenheime aufzulassen.

Was das Möbelreferat anbelangt, beruhigt den Redner die Stellungnahme des Amtsführenden Stadtrates, in der er sich zum Gesetz bekennt. Den Opfern des Faschismus zu helfen, bezeichnet er als eine moralische Verpflichtung. Er nimmt dann Stellung gegen die durchgeführten Mietzinserhöhungen in einigen städtischen Wohnhäusern und spricht sich auch gegen die derzeitigen Stromberechnungen in den Waschküchen aus, die er als zu hoch findet. Die Leistungen der Gemeinde Wien zu Gunsten der Kleingärtner und Siedler will er nicht herabsetzen oder bestreiten. Er erwartet, daß auch die restlichen Siedlungen Straßenbeleuchtungen bekommen. Für die Kleingärtner könnte noch manches gemacht werden, zum Beispiel bei der Schädlingsbekämpfung. Viele Kleingärtner seien nicht mehr in der Lage, ihre Gärten mit eigenen Mitteln so zu bestellen, wie es erforderlich wäre.

Es müßte ein Kleingartengesetz geschaffen werden, das den Bedürfnissen der Kleingärtner und Siedler Rechnung trägt. Die Schwierigkeit in der Bereitstellung von Gründen liege hauptsächlich darin, daß die Verkehrsverhältnisse gerade in den Randgebieten miserabel und die Fahrkosten hoch sind. Auch die Erntelandsbewegung ist eine gesunde Bewegung und man soll ihr gleichfalls bei der Grundbeschaffung an die Hand gehen. Der Redner erklärt, daß sich in der Verwaltungsgruppe IX noch so viele Mängel und Schwächen zeigen, daß seine Fraktion den Ansätzen nicht zustimmen wird.

GR. Römer (ÖVP) vertritt die Auffassung, daß er das Recht auf eine Wohnung, die den Erfordernissen des 20. Jahrhundert entspricht und familiengerecht ist, zu den Grundrechten der Menschen zählt. Das Wohnungsproblem bestehe nicht nur in unserer Stadt und in unserem Land sondern in vielen Städten und Ländern. Unsere Stadtverwaltung hat alles in ihrer Macht Stehende unter den schwierigsten Umständen getan, um zur Lösung dieses Problems beizutragen. Die Gemeinde Wien ist jedoch in ihren Bemühungen nicht allein gestanden. Rund 31.000 Wohnungen wurden bis Ende November von der Gemeinde geschaffen. Sicherlich eine beachtliche Zahl, die sich auch durch Bereitstellung größerer Mittel nicht hätte erhöhen lassen, da die Baukapazität voll ausgenützt ist. Die Gemeinde Wien ist jedoch in ihren Bemühungen nicht allein gewesen. Auch der Bund hat bedeutende Hilfe geleistet.

So wurden aus den Mitteln des Wohnungs-Wiederaufbaufonds ebenfalls bis Ende November dieses Jahres 31.000 Wohnungen geschaffen und etwa 43.000 Wohnungen so weit instandgesetzt, daß sie wieder den Mietern zur Verfügung gestellt werden konnten. (Stadtrat Thaller: "Herr Kollege, Sie nennen Ziffern, die ganz falsch sind. Überdies hat der Finanzminister die Ansätze heuer um 100 Millionen gekürzt!") Sicher hat die Gemeinde alles in ihrer Macht Stehende getan, aber auch der Bund hat dazu beigetragen, um das Wohnungsproblem zu lösen. Überdies müsse festgestellt werden, daß alle Parteien des Hauses immer einstimmige Beschlüsse über den Bau von Wohnungen gefaßt haben. Man dürfe aber die tatkräftige Hilfe des Bundes nicht unaufgezeigt lassen. Auch der gute Gedanke des Wohnungseigentums werde sich nicht aufhalten lassen.

Der Redner wendet sich in seinen weiteren Ausführungen gegen die Beschlagnahme der sogenannten NS-Möbel und Gärten. Er spricht auch von dem ständig wachsenden Ertrag an Gewerbesteuer, die ja gleichfalls zum Bau der Wohnungen mitverwendet wird. Trotzdem erhält in den städtischen Wohnhausbauten aber hauptsächlich nur der Konsumverein Lokale zugewiesen. Er bittet, in Zukunft bei der Vergebung von Lokalen derartige Ungerechtigkeiten auszuschalten. Bei der Vergebung der Wohnungen solle man gleichfalls nach Grundsätzen vorgehen, die familiengerecht sind. Abschließend dankt GR. Römer allen Beamten und Angestellten, die durch ihre Bemühungen dazu beigetragen haben, dieses große Problem der Bekämpfung der Wohnungsnot und der gerechten Verteilung zu lösen.

GR. Windisch (SPÖ) sagte, die Sozialisten müssen den Ablauf des Wohnungsanforderungsgesetzes mit Ende 1955 bedauern. Wir sind uns darüber im klaren, stellte der Redner fest, daß das Wohnungsanforderungsgesetz auch für die nächsten Jahre noch wichtig gewesen wäre. Andererseits hätte das Gesetz lediglich für Wien und einige größere Städte unseres Landes Bedeutung gehabt. Der Redner führte dann einige Punkte an, bei denen sich der Wegfall des Gesetzes ungünstig auswirken wird. Er nimmt jedoch gegen die Behauptung von GR. Hausner Stellung, daß damit auch ein Teil des Mieterschutzes gefallen sei. Der Redner betont

schließlich mit Nachdruck, daß die Schuld am Ablauf des Wohnungsanforderungsgesetzes die ÖVP allein trägt (Beifall bei der SPÖ, GR. Mühlhauser, ÖVP: "Es war ein einstimmiger Ministerratsbeschuß!") GR. Windisch erläutert dann an einigen Beispielen, wie sich schon bisher der direkte Kontakt mit dem Hauseigentümer, der angeblich durch den Wegfall des Gesetzes besser möglich werden soll, ungünstig ausgewirkt hat. Wir Sozialisten sind immer Optimisten gewesen, sagte er, aber der Entwicklung am Wohnungsmarkt sehen wir mit äußerstem Skeptizismus entgegen.

Der Redner nimmt dann zu einigen Äußerungen des Generalredners der ÖVP, GR. Zink, Stellung, wobei es zu lebhaften Zwischenrufen von seiten der Volkspartei kommt. Der Vorsitzende GR. Marek muß schließlich ersuchen, die Ausführungen des Redners nicht zu unterbrechen.

Zur Frage des Wohnungseigentums führte GR. Windisch aus, die Sozialisten stünden auf den Standpunkt, jeder solle nach seiner Fassung selig werden. Die Sozialisten haben grundsätzlich nichts gegen das Wohnungseigentum einzuwenden, sie seien aber dagegen, daß mit staatlichen Mitteln, wirtschaftliche oder politische Geschäfte gemacht werden (Beifall bei der SPÖ, Gegenrufe bei der ÖVP). Abschließend führt der Redner aus: "Wir Sozialisten sind die **Initiatoren des sozialen Wohnungsbaues** in Wien. Wir sind stolz darauf, daß es gelungen ist, bisher mehr als 100.000 Wohnungen zu errichten. Die Sozialisten werden auch dafür Sorge tragen, daß weiter gebaut wird und daß die Zuweisung von Wohnungen so wie bisher nur nach strengster Prüfung erfolgt. Sauberkeit in der Verwaltung wird auch hier unser oberster Grundsatz bleiben. Die sozialistische Fraktion wird den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen." (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Glaserer führte zu seinem Schlußwort aus, daß ihm GR. Windisch in seiner Rede die Beantwortung von verschiedenen Punkten vorweggenommen habe und daß er sich daher nur auf das Wesentlichste beschränken brauche. Zur Feststellung des GR. Hausner, daß nach Abschaffung des Wohnungsanforderungsgesetzes die Gemeinde Wien die Verantwortung weitertragen muß, erklärt er, er sei sich

dessen voll bewußt. Er wisse nicht nur, daß die Gemeinde Wien die Hauptlast zu tragen hat, sondern auch, daß in Zukunft die Lösung der Wohnungsnot sich noch schwieriger gestalten wird. Zum Vorwurf, daß im Wohnungsamt der Proporz gehandhabt werde, meint er, er könne keinem Mandatar eine Intervention verwehren, wie er eine solche auch dem GR. Hausner von der VO nicht verwehrt. Eine Intervention bedeutet selbstverständlich noch lange nicht, daß die Erledigung des einen oder anderen Ansuchens um Wohnungszuteilung von ihr abhängig ist. Zum Vorwurf, es gäbe noch so viel Wohnungssuchende mit Tbc, gibt er seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß es dem Wohnungsamt nicht möglich ist, jedem ihm vorgelegten Antrag sofort zu erledigen.

Die Stromkosten für Waschmaschinen in einigen Gemeindegäusern werden nach Umstellung auf den 50 Groschen-Tarif geregelt.

Zu den Ausführungen von GR. Römer, daß eine Familie mit einem Kind auf dreißig Quadratmeter wohnen müsse, obwohl ihr nach Geburt des Kindes eine größere Gemeindegewohnung versprochen wurde, erklärte der Referent, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die für drei Personen vorgesehene Type als eine Vorstellung für die Zukunft gelten kann. Die Zuweisungspolitik des Wohnungsamtes wird aber leider von der Not der Gegenwart diktiert.

Stadtrat Glaserer gibt dann einen Überblick über den Überbelag der Wohnungen, wie er sich aus den Gesuchen der Wohnungssuchenden ergibt. Auf Kabinett und Küche, also in einem bestenfalls 25 Quadratmeter großen Wohnraum, wohnen gegenwärtig 3.817 Familien mit mehr als drei Personen. Auf Zimmer, Küche, also auf dreißig Quadratmeter wohnen 8.525 Familien mit mehr als drei Personen. Man wird verstehen, sagt der Stadtrat, wie schwer die Lösung dieses Zustandes ist.

Wenn GR. Römer sagt, daß bei uns 31.000 Wohnungen aus den Mitteln des Bundeswiederaufbaufonds errichtet wurden, so müsse er ihm die letzten Zahlen des Handelsministeriums vor Augen halten. Nach diesen Zahlen wurden aus ganz Österreich für 7.882 Ansuchen 4,7 Milliarden Schilling bewilligt, wovon auf Wien 58 Prozent entfallen. In Wien selbst sind bis heute aus den Mitteln des Bundeswiederaufbaufonds insgesamt nur 12.000 Wohnungen fertig, in Bau oder in Planung.

Zur Frage der Geschäftslokale in den städtischen Wohnhausbauten ist zu sagen, daß die Lokale der Versorgung der dort wohnenden Bevölkerung dienen und daher zweckmäßig sein müssen. Stadtrat Glaserer stellt fest, daß das Wohnungsamt immer versucht hat gerecht zu sein. Eine vollkommene Gerechtigkeit kann jedoch nur angestrebt, aber wahrscheinlich nie erreicht werden. Er gibt die Versicherung ab, daß sein Amt weiterhin bemüht sein wird, an die vollkommene Gerechtigkeit wenigstens heranzukommen. Wie schwer es aber ist, allen gerecht zu werden, kann man allein aus der großen Zahl der Wohnungsansuchen ersehen. So sind in Klasse I und II rund 60.000 Vormerkungen und wenn man annimmt, daß pro Jahr 6.000 Wohnungen zur Verfügung stehen, bedeutet das, daß nur 10 Prozent der 60.000 befriedigt werden können. Es wird also zehn Prozent Zufriedene, aber 90 Prozent Unzufriedene geben. Das Amt, wie man es auch in Zukunft nennen möge, wird daher immer Angriffen ausgesetzt sein, ob man es gut oder weniger gut führt. Er jedenfalls wird sich um größte Gerechtigkeit bemühen! (Beifall SPÖ und ÖVP.)

Die Ansätze der Gruppe VIII wurden gegen die Stimmen der VO angenommen.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 19. Dezember

=====

19. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 4 Kühe. Inland Neuzufuhren: Ochsen 256, Stiere 132, Kühe 1040, Kalbinnen 210, Summe 1638. Gesamtauftrieb: 256 Ochsen, 132 Stiere, 1044 Kühe, 210 Kalbinnen, Summe 1642. Verkauft: 232 Ochsen, 129 Stiere, 1024 Kühe, 199 Kalbinnen, Summe 1584. Unverkauft: 24 Ochsen, 3 Stiere, 20 Kühe, 11 Kalbinnen, Summe 58.

Preise: Ochsen 8.- bis 11.40 S, Extrem 11.50 bis 11.80, Stiere 9.50 bis 11.30 S, Extrem 11.40 bis 11.70 S, Kühe 7.- bis 9.50 S, Extrem 9.60 bis 10.- S, Kalbinnen 9.- bis 11.50, Extrem 11.60 bis 12.- S. Beinlvieh Kühe 5.80 bis 6.80 S, Ochsen und Kalbinnen 7.50 bis 8.20 S.

Bei ruhigem Marktverkehr notierten bei Qualitätsverbesserungen Ochsen, Stiere und Beinlvieh schwach behauptet, Kühe behauptet, Kalbinnen verbilligten sich bis zu 30 Groschen.

- - -

Geschäftsgruppe X: Wirtschaftsangelegenheiten
=====

19. Dezember (RK) Stadtrat Bauer (ÖVP) referiert sodann über die Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten. Er spricht von den wirtschaftlichen Verhältnissen unseres Landes, die sich auch in seiner Gruppe durch Lieferschwierigkeiten, bedingt durch den Facharbeitermangel ausgewirkt haben. Das Beschaffungsamt hat 3.800 Verbrauchsstellen zu betreuen. Darüber hinaus sind ihm das Zentrallager, die Bäckerei, das Brennstofflager, das Schulmöbeldepot und der Druckereibetrieb angeschlossen. Vom Jänner bis Ende Oktober 1955 wurden 5.020 Käufe getätigt. Es wurden Waren im Werte von 19,08 Millionen Schilling beschafft und Lohnaufträge in der Höhe von rund 2,1 Millionen Schilling vergeben. Im Zuge der Modernisierung der städtischen Dienststellen wurden für das Rechnungsamt um rund 2,755.000 Schilling Büromaschinen angekauft. Die Brennstoffanforderungen aller Verbraucherstellen konnten im Jahre 1955 restlos und ohne Anstand befriedigt werden. Durch die Umstellung fast aller Großanstalten auf flüssigen Brennstoff wurden sowohl die Importkohle als auch die Inlandkohle und der Wiener Gaskoks immer mehr verdrängt. Insgesamt wurden 79.725 Tonnen Brennstoffe an städtische Stellen abgegeben. Erhöhtes Augenmerk wurde auch der Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für die städtischen Anstalten und Dienststellen der Hoheitsverwaltung zugewendet und hierfür ein Betrag von rund sieben Millionen zur Verfügung gestellt. Die Lieferfristen bei der Möbelbranche erstrecken sich über vier Monate. Für die laufende Instandsetzung des Inventars in den Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie in den Berufsschulen wurden rund 1,5 Millionen Schilling aufgewendet.

In der Bäckerei wurde der Neubau eines Dampfkessels durchgeführt. Für 1956 ist die Anschaffung einer elektrischen Teigteilmaschine um 48.000 Schilling vorgesehen. Die Bäckerei ist sehr gut beschäftigt.

Das Liegenschaftsamt führt die Verhandlungen bei Veräußerung von städtischen Grundstücken, besorgt die Bestellung

von Baurechten, behandelt Rückstellungsansuchen von Liegenschaften, verwaltet die städtischen und Stiftungsliegenschaften sowie die städtischen Gewerbeberechtigungen, beschäftigt sich mit Bestandsverträgen und verschiedenen anderen Grundangelegenheiten und Verwaltung der Grünflächen. Nach Rückübertragung von Grundflächen an Niederösterreich und verschiedene Rückstellungen an die Israelitische Kultusgemeinde verfügt die Stadt Wien nach dem Stand vom 31. Dezember 1954 über Grundflächen im Ausmaß von 1,6 Millionen Ar innerhalb Wiens und 2,2 Millionen Ar außerhalb Wiens. Von den Liegenschaftsverkäufen ist vor allem der Verkauf der Liegenschaft Neuer Markt 3 an die Städtische Versicherung und die Übertragung einer Liegenschaft im 19. Bezirk an die E-Werke zu erwähnen. Viel Arbeit verursacht dem Liegenschaftsamt die Freimachung städtischer Grundstücke zur Durchführung der Wohnbauprogramme. Die der Stadt Wien durch die Freimachung erwachsenden Kosten sind oft höher als der durch mehrere Jahre vereinnahmte Bestandzins. Die 32 Pachtbetriebe erzielten im Jahre 1954 einen Gesamtumsatz von rund 18 Millionen Schilling. Die Pachtzinseinnahmen betragen im selben Jahr 734.764 Schilling. Gegenüber dem Jahr 1953 bedeutet dies eine Steigerung um 141.553 Schilling. Hinsichtlich des Schlosses Cobenzl werden die mit den Interessenten geführten Verhandlungen fortgesetzt.

Die Agenden der Landeskultur, Ernährungs-, Wasser- und Schifffahrtswesen und forsttochnischer Dienst, werden durch die Magistratsabteilung 58 bearbeitet.

Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1955 1.566 land- und forstwirtschaftliche Betriebe einer Überprüfung unterzogen, von denen 24 erstmals und 1.542 zwecks Nachkontrolle besucht wurden. Von den besuchten Betrieben, in denen zum Zeitpunkt der Betriebskontrollen 3.341 familioneigene und 1.304 familienfremde Arbeitskräfte beschäftigt waren, mußten 307 Betriebe wegen verschiedener Mängel beanstandet werden.

Von der Magistratsabteilung 58 wurden auch 149 Verhandlungen in Wasser- und Schifffahrtsangelegenheiten durchgeführt. 18 Bewerber wurden zur Schiffsführerprüfung zugelassen. Zum Verkehr auf der Donau und auf österreichischen Binnengewässern wurden 38 Motorboote neu zugelassen und für diese Boote Kennzeichen zugewiesen. Insgesamt hatten im Berichtszeitraum 199 Motorboote ihren Standort in Wien, davon 124 Boote im Besitze von Privatpersonen und 75 in Verwendung des öffentlichen Dienstes.

Innerhalb der Stadtverwaltung nimmt das Marktamt der Stadt Wien eine wichtige Position ein. Ihm obliegt neben der Verwaltung der Märkte, der Markthallen und städtischen Brückenwaagen, der Ausübung der Marktpolizei, der Marktbeobachtung, der Tätigkeit als Lebensmittel- und Eichpolizei, die Zuweisung von Straßenständen, die Behandlung grundsätzlicher Fragen der Lebensmittelversorgung, die Importkontrolle, die Preisbeobachtung, die Preisbildung und -kontrolle, die Ausübung der Gewerbepolizei, die Erstellung von Werttarifen für Entschädigungen nach dem Tierseuchengesetz, die Statistik und die Überwachung der Einhaltung der Naturschutzbestimmungen. Einschließlich der Marktamtsdirektion umfaßt die Magistratsabteilung 59 - Marktamt 23 Dienststellen. Insgesamt müssen 39 Märkte betreut werden.

Auf dem Zentralviehmarkt werden im Wochendurchschnitt verkauft: 1.750 Stück Rinder, 7.500 Stück Schweine; in der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren: 750.000 kg Fleisch; auf den Obst- und Gemüsemärkten: 1.000.000 kg Obst, 1.240.000 kg Gemüse, 220.000 kg Südfrüchte, 980.000 kg Kartoffeln und 145.000 kg Zwiebeln.

Der Voranschlag für Märkte sieht vor: 16,1 Millionen Einnahmen und 27,7 Millionen Ausgaben.

Im Zusammenhange mit der Preisbewegung wird die Marktbeschickung vom Marktamte ständig beobachtet und das Ergebnis in periodischen Berichten veröffentlicht.

Nach wie vor werden die umfassenden Wochenberichte von interessierten Kreisen zur Information über die Versorgungs- und Marktlage herangezogen. Auch die jeweils zum Wochenende verfaßte Übersicht über die Angebots- und Preislage sowie über die Absatzverhältnisse bewährt sich bestens und unterrichtet nicht zuletzt auch die Verbraucher, denen dadurch bei ihren Einkäufen die notwendige Beratung zur Verfügung steht.

Die ständige und eingehende Marktbeobachtung gibt auch die Möglichkeit, bei den Ressort-Ministerien rechtzeitig Anregungen auf Einfuhr von jenen wichtigen Lebensmitteln zu geben, an denen eine Verknappung zu besorgen und deren Einfuhr aus dem Auslande im Interesse der Beibehaltung der Preislage dieser Ware notwendig ist.

Zu den Hauptaufgaben des Marktamtes zählt die lebensmittelpolizeiliche Überwachung von 24.000 Lebensmittelkleinhandels- und 1.500 Lebensmittelgroßhandelsbetrieben. Innerhalb dieser Kontrolltätigkeit wurden im letzten Jahre 38.000 Lebensmittelproben gezogen und der Untersuchung zugeführt. Im eigenen Laboratorium des Marktamtes wurden 5.700 Warenbegutachtungen durchgeführt. Infolge der langjährigen Kontrolltätigkeit des Amtes auf dem Gebiete der Lebensmittelpolizei hat sich die Anzahl der Beanstandungen weiterhin verringert. Die Zahl der den Gerichten oder Verwaltungsbehörden angezeigten Fälle ist daher weiter zurückgegangen. Im vergangenen Jahr wurden aber immerhin noch 803 Anzeigen erstattet.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Kontrolltätigkeit des Marktamtes auf den verschiedenen Gebieten seines Geschäftsbereiches nicht nur die konsumierende Bevölkerung vor Benachteiligung und Schädigung bewahrt, sondern auch im Interesse der weitesten Kreise der Kaufmannschaft gelegen ist.

Eng verbunden mit der Tätigkeit des Marktamtes arbeitet auch das Veterinäramt der Stadt Wien. Es hat in den städtischen Schlachthöfen und in der Großmarkthalle zum Schutze der Gesundheit der Wiener Bevölkerung wichtige Aufgaben nach dem Tierseuchengesetz, der Vieh- und Fleischbeschauverordnung und als Sachverständige bei der Handhabung des Lebensmittelgesetzes zu erfüllen.

Die Hauptaufgabe des Veterinärarnantes liegt aber darin, zu wachen, daß die Bevölkerung Wiens mit einwandfreiem Fleisch versorgt wird. Das Veterinärarnant hat in den Schlachthöfen aber auch eine volkswirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen, nämlich auf die rationelle Verwertung der Schlachtungs- und Nebenprodukte Einfluß zu nehmen.

Die städtischen Schlachthofanlagen haben durch Kriegseinwirkungen erhebliche Schäden erlitten, die aber mit dem Jahre 1955 zur Gänze behoben werden konnten.

Bis 1954 wurden 27,2 Millionen zur Kriegsschadensbehebung ausgegeben. Für das Jahr 1955 wurden 1,5 Millionen veranschlagt.

Mit diesem Betrag sollen verschiedene Arbeiten im Rinderschlachthof und im Schweineschlachthof durchgeführt werden.

Aus der Gegenüberstellung der Schlachtungsziffern von St. Marx aus den Jahren 1937, 1946, 1953 und 1954 ist zu ersehen, daß die Lieferungen an Schlachttieren nach Wien wieder an die der Friedensjahre heranreichen und damit die Schlachthofanlagen der gleichen Belastung gewachsen sein müssen.

In St. Marx wurden geschlachtet: 1937 27.544 Pferde, 89.870 Rinder, 281.820 Schweine, 1946 620 Pferde, 10.940 Rinder, 10 Schweine und 1954 16.864 Pferde, 84.446 Rinder und 293.505 Schweine.

Besonders erwähnenswert ist der Umstand, daß die Stadt Wien mit den niedrigsten Vieh- und Schlachthofgebühren arbeitet, sodaß nur unter Berücksichtigung des Ertrages der Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh und Fleisch und der Beschauggebühr in den Bezirken ein ausgeglichenes Budget errechnet werden kann.

Abschließend erklärte Stadtrat Bauer, er habe versucht, nicht nur die Ansätze des Voranschlages der Verwaltungsgruppe X zu erläutern, sondern auch einen Bericht über das abgelaufene Jahr zu erstatten. Er wolle allen Bediensteten für die im Interesse der Gesamtbevölkerung geleistete Arbeit recht herzlich danken, und ersuchte nun, den Ansätzen der Verwaltungsgruppe X zuzustimmen. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

GR. Kronberger (VO) setzt sich mit der allgemeinen Wirtschaftssituation auseinander. An Hand von statistischen Zahlen führt er aus, daß der Fleischkonsum gegenüber den Vorkriegsjahren gesunken ist und daß der Wiener zum Ausgleich viel mehr Erdäpfel essen muß. Eine ähnliche Entwicklung ist auch auf dem Sektor der Bekleidung zu verzeichnen. Diese Tatsachen zeigen, daß sich trotz der verdoppelten Produktion der Reallohn der Arbeiter unter dem der Vorkriegsjahre bewegt. Er setzt sich mit den Berichten der ÖVP-Presse über die angeblichen Preissenkungen auseinander und bezeichnet sie als Rechenkunststücke.

In seinen weiteren Ausführungen führt er Beispiele über Preismachinationen auf dem Lebensmittelmarkt und auf dem Gebiet der Kartellpolitik an. Die Tarifierhöhungen der Wiener Verkehrsbetriebe, sagt er, haben die Preistreiber gerne zu weiteren Preiserhöhungen zum Anlaß genommen. Der Redner ist der Meinung, daß das Marktamt gut arbeitet, daß es sich aber gegen die Preistreiber kaum durchsetzen könne. Wien als Großeinkäufer müßte einen entscheidenden Einfluß auf die Preispolitik ausüben. Er beschäftigt sich dann mit einigen Erscheinungen im Außenhandel und stellt fest, daß das gegenwärtige Handelspassivum mit dem Ausland als Druckmittel ausgenützt wird. Er bezeichnet die Märkte des Ostens als krisenfest und verlangt eine Intensivierung des Handels mit ihnen. Abschließend erklärt er, daß die Wirtschaftspolitik, die Stadtrat Bauer vertritt, von seiner Fraktion als untragbar bezeichnet wird und daß sie daher den Ansätzen seiner Verwaltungsgruppe nicht zustimmen kann.

Der Debattenredner der ÖVP, Dr. Dipl. Ing. Hongl, beschäftigt sich in einem Rückblick mit der Ernährungslage in den vergangenen zehn Jahren und rühmt den Beitrag der Wiener Gärtnereien und Meierhöfe, den sie im schweren Hungerjahr 1945 geleistet haben. Die Geschäftsgruppe für Wirtschaftsangelegenheiten, führt er weiter aus, hat in den letzten zehn Jahren unter Führung der ÖVP-Stadträte erstklassige Verwaltungsarbeit geleistet, auch in jenen Abteilungen, die heute nicht mehr dieser Verwaltungsgruppe angehören. Das Beschaffungsamt, die größte Magistratsabteilung dieser Gruppe, sieht sich bei der Ausübung seiner Tätigkeit heutzutage keinen Schwierigkeiten mehr gegenüber. Auch das ..

Liegenschaftsamt arbeitet mustergültig, trotz dem großen Arbeitspensum, das von ihm abverlangt wird. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß nun endlich für das Schloß Cobenzl eine zweckentsprechende Verwendung gefunden wird.

Bei der Besprechung des Marktamtes richtet er an die Wiener Hausfrauen die Mahnung, mehr inländische Produkte zu kaufen. Der Absatz von Äpfeln ist in den letzten Wochen im Hinblick auf die ausländischen Obstzufuhren stark zurückgegangen. Er gibt die Anregung, das Marktamt möge durch den Rundfunk die Frauen über die täglichen Anlieferungen heimischen Obstes auf den Wiener Märkten informieren. Seit 1939 sagt er weiter, werden Verhandlungen über eine eigene Wiener Landwirtschaftskammer geführt. Er stellt mit Genugtuung fest, daß es nun zu einer Einigung gekommen ist, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß nach Überwindung der noch bestehenden Schwierigkeiten der Landtag baldigst die Gelegenheit haben wird, wichtige Beschlüsse zu fassen. Die Lage der Wiener Gärtner bezeichnet er als außerordentlich schwierig, insbesondere in Simmering, wo sie unter Wassermangel leiden. Er dankt Stadtrat Bauer für seine Initiative bei der Errichtung des Wiener Blumengroßmarktes auf den Phorusplatz, der sich gut bewährt. Er beschäftigt sich dann mit den Zuständen auf dem Naschmarkt, insbesondere mit den schlechten Verkehrsverhältnissen, die er als verheerend bezeichnet. In Deutschland sagt er, werden Obstmärkte in staunenswertem Ausmaße errichtet, wofür man bei uns scheinbar kein Interesse hat. Der Naschmarkt ist in seinem heutigen Zustand unbrauchbar und ist zu einem Schandfleck Wiens geworden. Zwangsläufig bilden sich Nebenmärkte, die jedoch keine Übersicht in Angebot und Preis geben. GR. Jirava habe wohl einmal die Schaffung eines Großmarktes angekündigt, später ist auch eine Studienkommission ins Ausland entsendet worden, seither sind aber Monate vergangen, ohne daß etwas auf diesem Gebiete geschehen wäre.

Der Redner fordert auch die Errichtung von Bewässerungsanlagen in den steinigen Hängen im Norden Wiens und die Schaffung und Erhaltung von Wirtschaftswegen durch die Stadt Wien. An Stadtrat Rasch richtet er das Ersuchen, für die Hagelversicherung einen Beitrag zu leisten. Der Schlachthof ist vollständig ausgebaut und kann den Bedarf der Wiener zur Gänze decken.

Abschließend dankt GR. Hengl allen Mitarbeitern dieser Gruppe, die im Interesse der Gesunderhaltung unserer Bevölkerung wichtige Aufgaben erfüllt haben, an der Spitze ihrem Stadtrat, für die umsichtige und gute Arbeit (Beifall bei der ÖVP).

GR. Jirava (SPÖ) spricht von den großen Aufgaben dieser Gruppe. Das reiche Angebot an Lebensmitteln bringt dem Marktamt und auch dem Veterinäramt viel Arbeit. Für das kaufende Publikum sind diese Kontrollen aber von großer Wichtigkeit. Eine kleine Erleichterung ist sicherlich durch den Ausfall der USIA-Läden eingetreten.

Ein dringendes Problem, das der Abhilfe bedarf, ist die Unzulänglichkeit unseres Maschmarktes. Er wurde vor mehr als 50 Jahren geschaffen und entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Durch ein Grundbeschaffungsgesetz könnte auch hier Abhilfe geschaffen werden. Einen Großmarkt zu planen, der ohne Gleisanschlüsse ist, war schon zur Zeit seiner Gründung eine grobe Vernachlässigung. Verschiedene Versuche, andere Plätze dazu heranzuziehen, sind gescheitert. Es bleibt die große Sorge, bald einen derartigen Großmarkt zu schaffen. Auch die Fleischgroßmarkthalle, die sogenannte Weidnerhalle, gibt Ursache zur Klage. Freude können wir über die Schlachthausanlagen in St. Marx haben, in die in den letzten zehn Jahren 60 Millionen Schilling investiert wurden. Diese Anlage war noch nie so in Ordnung wie heute. Auch die Bezirksmärkte geben Anlaß zur Unzufriedenheit. Es ist zu hoffen, daß auch sie, wie es bei einigen Märkten bereits begonnen wurde, bald modernisiert sein werden. Eine Änderung bedürfe auch die Frage der sogenannten Pracker. Sie dürften nur mit inländischen Produkten handeln, richten sich aber in keinem Fall darnach. Das Marktamt müßte hier entschieden einschreiten. Der Ankauf von Standardartikeln sollte, wie der Redner anregt, insgesamt über das Beschaffungsamt besorgt werden. Es könnten dadurch bestimmte Mittel erspart werden. Abschließend dankt GR. Jirava allen in dieser Gruppe Beschäftigten für ihre oft nicht angenehme Aufgabe im Namen des Gemeinderates. (Allgemeiner Beifall).

Stadtrat Bauer sagte in seinem Schlußwort, wie immer habe der Vertreter der VO versucht, eine Vorlesung über Nationalökonomie zu halten. Es gibt jedoch seit Jahren genaue Aufzeichnungen im Marktamt. Und er müsse sagen, daß im allgemeinen auf dem Lebensmittelsektor keine Preissteigerungen, mit Ausnahme von Rindfleisch und Erdäpfel, vorgekommen sind. Die Hausfrau sollte auch mehr herumschauen und dort kaufen, wo die Waren am preiswertesten sind. Es stimmt, daß weniger Fleisch gegessen wird, aber nicht deswegen, weil es sich die Leute nicht leisten können, sondern weil in der Ernährungsweise eine Änderung eingetreten ist.

Der Naschmarkt, erklärte der Referent, wurde seinerzeit nicht als Großmarkt errichtet. Zur Frage der sogenannten Pracker ist er der Ansicht, daß sie, ebenfalls wie die Frage der Straßenstände, einer Neureglung zugeführt werden müßte, allerdings unter Rücksichtnahme auf jene Leute, die seit Jahrzehnten solche Straßenstände besitzen. Er meinte, man werde dieses Problem nur allmählich lösen können. Zur Frage der Großmarkthalle führt er aus, daß auch dieser Forderung einmal entsprochen werden kann, wenn dafür alle Voraussetzungen vorhanden sein werden. Im Falle, daß man sich für eine Verlegung nach St. Marx entschließen sollte, müßten gewisse Widerstände des Veterinäramtes überwunden werden. Er meint, daß es schwierig sein wird, alle Wünsche unter einen Hut zu bringen. Zum Schluß bittet er um die Zustimmung für die Ansätze seiner Verwaltungsgruppe (Beifall bei ÖVP und SPÖ).

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze gegen die Stimmen der VO angenommen.

Der Vorsitzende, GR. Sigmund, unterbricht die Budgetberatungen um 19.15 Uhr, die morgen, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Ansätze der Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, fortgesetzt werden.